POLITIK
Nukleare Gefahr
TRUMPS UMGANG MIT IRAN UND NORDKOREA
SEITE 2

INTERVIEW
Einstehen für Israel
ANNEGRET KRAMP-KARRENBAUER
SEITE 3

KULTUR
Villa Baltic
EIN PRACHTBAU MIT BEWEGTER GESCHICHTE
SEITE 6

ZEITGESCHICHTE
Reparationen
WIE ADENAUER UND GOLDMANN SICH EINIGTEN
SEITE 7

JEWISH VOICE FROM GERMANY

קול יהודי מגרמניה

DEUTSCHE AUSGABE
In Zusammenarbeit mit der WELT

Juli 2018

DEBATTE

Die schrille CSU

Von Michael Rutz

Zwischen CDU und CSU hat es schon zu allen Zeiten gekracht. Zeitweise waren die Töne schrill, die farbenreichsten Protagonisten gaben auf dieser Bühne Franz Josef Strauß und Helmut Kohl ab, der die wöchentlichen Protestbriefe aus der Münchner Staatskanzlei ungelesen abzuheften pflegte. Immer steckte dahinter ein Minderwertigkeitskomplex der CSU, die sich der CDU zwar kulturell und intellektuell überlegen, aber als kleiner Partner der Unionsfamilie von der CDU nicht ausreichend ernst genommen fühlte.

So ist es auch jetzt. Angesichts der im Herbst bevorstehenden Landtagswahl ist wägender Verstand einer emotionalen Nervosität gewichen, in der die CSU einen Kardinalfehler nach dem anderen begeht. So bläst sie gegenwärtig ein Thema, dessen Betroffene nach Hunderten zählen, zu einem Monster von europäischer Tragweite auf, statt sich im Wahlkampf auf die Beschreibung ihrer in Bayern erzielten Erfolge zu konzentrieren. Das wird der AfD helfen, die sich in Sachen Fremdenphobie von niemandem übertreffen lässt; sie wirbt in Bayern schon mit dem Slogan „Das Original wählen".

Bayern und der Rest des Bundesgebietes – das war nie eine unbezweifelte Freundschaft. Im Parlamentarischen Rat stimmte Bayern 1949 dem Grundgesetz nicht zu, ein bis heute andauernder Zustand; Bayern lässt das Grundgesetz nur gegen sich gelten. Auch spielten die CSU-Granden immer wieder mit dem Gedanken, aus dem Bundesgebiet auszutreten, und ließen ein solches Szenario durch Verfassungsrechtler gutachterlich durchdeklinieren.

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten konnte Bayern die bundesdeutsche Solidarität allerdings sehr gut brauchen, denn der Wandel vom Agrar- zum Industriestaat war nur durch finanzielle Solidarität der damals reicheren Bundesländer zu bewältigen, Finanzausgleich eben. Rebellisch wurde Bayern erst, als es zum Geberland aufstieg. Im Hintergrund wabert auch immer die Vorstellung, es könne aus der „Euregio Alpina", also aus Bayern, Österreich und den deutschsprachigen Gebieten der Schweiz und Italiens, ein eigener Alpenstaat erwachsen, das allerschönste Land der Welt sozusagen mit saftigen Wiesen, glücklichen Menschen und Kühen, grandiosen Alpen, barocker Lebensweise – ein Geschenk von Gottes Gnaden. Vom Norden war ja nichts zu erwarten, denn, wie es so schön in einer Inschrift am bayerischen Kloster Polling heißt, „Extra Bavariam nulla vita, si est vita, non est ita" – außerhalb Bayerns gibt es kein Leben, aber wenn es eins gibt, so ist es nicht dieses.

Das alles bricht in bayerischen Phantasien jetzt wieder hervor. Mir san mir, und wir können auch anders – diese Drohung gilt der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU sowieso und auch der Europäischen Union, die die CSU wegen einiger Hundert zurückzuweisender Flüchtlinge aufs Spiel zu setzen bereit ist. Vergisst sie den europäischen Gedanken, der einem Franz Josef Strauß so wertvoll war? Die CSU hat in der Auseinandersetzung die Sachebene verlassen und den Ton gegen Angela Merkel beinahe schon hasserfüllt derart verschärft, dass eine Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft

SEITE 7

JERUSALEM ירושלים

Yerushalayim – Hebräisch für Stadt des Friedens. Auf Arabisch: Al Quds, Die Heilige. Auch für Christen ist Jerusalem die Heilige Stadt. Seit Jahrtausenden wird um diesen Ort der Anbetung gekämpft. Es ist Zeit, dass Jerusalem Frieden findet.

Allzumenschliches

Menschliches, allzu Menschliches. Beim Beobachten des unionsinternen Streits um den Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden denkt man unwillkürlich an Friedrich Nietzsches gleichnamige Schrift von 1878. Der deutsche Philosoph tut dabei den Glauben an das Gute als einen Irrtum ab. Glaube an sich sei irrational. Mag sein, dass Nietzsche irrte.

Bundeskanzlerin Merkel hatte während des Höhepunktes der Flüchtlingskrise 2015 lautere Absichten. Sie wollte den verzweifelten, in Ungarn gestrandeten Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien helfen. Daher öffnete sie die Grenzen und gab die Einreise nach Deutschland frei. Millionen Deutsche waren damals vom gleichen Bedürfnis beseelt. So wurden die Flüchtlinge allerorten mit offenen Armen und mit großer Hilfsbereitschaft empfangen. Doch allmählich wurde deutlich, dass der unlimitierte Einlass außer Kontrolle geraten war. Als Finanzminister Wolfgang Schäuble die Flüchtlingsimmigration mit einer Lawine verglich, empörten sich politisch korrekte Kommentatoren. Sie warfen ihm mangelnden Humanismus, zumindest Kleinlichkeit vor. Einstweilen galt das Motto Angela Merkels: „Wir schaffen das!"

Doch bald wurde deutlich, dass es mit idealistischen Parolen allein nicht getan war. Es kamen mehr als eineinhalb Millionen Menschen nach Deutschland.

> **Ultimaten verletzen die politische Glaubwürdigkeit**

Keineswegs nur Ärzte und Ingenieure, sondern Menschen, die in Krieg und Not traumatisiert worden waren. Darunter Kriminelle, religiöse Fanatiker, potentielle Terroristen. Antisemitismus wird den Menschen in Syrien von Kind auf eingetrichtert. Hierzulande fühlten sich Frauen, ältere Menschen von Flüchtlingen bedroht. Sozial Schwache fürchteten, benachteiligt zu werden. Es kam fast zwangsläufig zu Fehlern und Missbrauch beim Umgang mit Asylsuchenden. Das Missbehagen in der deutschen Bevölkerung nahm zu.

Von den Unzulänglichkeiten, den Untaten, den Ängsten profitierte vor allem die AfD. Konstruktive Lösungsvorschläge kann und will die Partei der Hetzer und Simplifizierer nicht bieten. Stattdessen beschwört sie das Unheil, um davon Nutzen zu tragen. Menschlich ist das nicht, im Gegenteil.

Derweil stehen im Herbst in Bayern Landtagswahlen an. Die CSU hat aufgrund der erwähnten Missstände und der AfD-Propaganda deutlich an Zustimmung eingebüßt. CSU-Chef Seehofer will als Innenminister Handlungsfähigkeit demonstrieren und notfalls im nationalen Alleingang handeln. Die Bundeskanzlerin wiederum will die Dynamik des weltoffenen Europas retten. Beide erstreben die politische Hoheit und die Machterhaltung. Das ist politischer Alltag.

Auseinandersetzung ist eine Lebensquelle der Demokratie. Doch Ultimaten, zumal im gleichen politischen Lager, verletzen die politische Glaubwürdigkeit. Das muss ein Ende haben. ■

Fußball-Exempel

Von Paul Siebel

Menschen in aller Welt, in Deutschland, Israel, Iran, ob Christen, Juden, Moslems sind gleichermaßen von König Fußball begeistert. Die Bürger zahlen ihre Steuern, in vielen Ländern erdulden sie Hartes von ihrer Regierung – doch Versuche, ihnen Fußball oder gar die WM zu verbieten, würden die Toleranzbereitschaft überschreiten. Das traut sich kein zurechnungsfähiger Politiker. Sei er Demokrat oder religiöser Führer. Wer riskiert schon eine Fußballer-Revolution?

Smarte Politiker gehen den umgekehrten Weg, sie nutzen den Fußball für ihre Zwecke. Etwa Recep Tayyip Erdogan. Er war in seiner Jugend ein begeisterter Kicker ohne großes Talent. Ähnlich wie Gerhard Schröder, dessen Spitznamen „Acker" auf seinen Fleiß und seine Durchsetzungsfähigkeit abhebt. Doch in der Politik haben es Erdogan und Schröder weit gebracht. Erfordert Fußball etwa mehr

Geschicklichkeit als Politik? Wer beim Kicken scheitert, besitzt in der Politik noch eine zweite Chance. Da kommt's weniger auf Talent als auf klare Ansage an. Basta!

Geht man über das gegenwärtige Geschehen hinaus, wird deutlich, dass Fußball ernste Aspekte des Zeitgeschehens und der Politik berührt. So wurde unter anderen auch der deutsche Fußballnationalspieler Julius Hirsch ein Opfer des NS-Rassenwahns. Der 1892 geborene Hirsch wurde bereits 1933 gezwungen, aus seinem „geliebten Karlsruher FV", dem er als Stürmer zu zwei deutschen Meisterschaften verholfen hatte, auszuscheiden.

Hirsch verlor mehrfach seine Arbeitsstelle. 1938 beging der Verzweifelte einen Selbstmordversuch, 1943 wurde er nach Auschwitz deportiert, wo er ermordet wurde. 2005 besann man sich beim DFB auf den Dahingegangenen und rief einen „Julius-Hirsch-Preis" für Freiheit, Toleranz und Menschlichkeit ins Leben.

Wir sollten die Vergangenheit kennen, uns jedoch nicht davon lähmen lassen. Wenn wir in Russland die Spieler aus den unterschiedlichen Ländern mit der gleichen Begeisterung kicken sehen, dann überkommt uns der Wunsch, nicht nur ans Geld zu denken. Machen wir uns die ungeteilte Begeisterung zunutze. Wir sind nicht naiv, wir erwarten nicht, dass Fußball den Weltfrieden „herbeischießt". Aber er sollte zum gegenseitigen Verständnis beitragen. Dann hätte er die Krone verdient. ■

DEUTSCHE POLITIK

Überspannte Erwartungen

Von Rafael Seligmann

Deutscher Sommer 2018. Unser Land ist in der europäischen Normalität angelangt – das ist nicht gut. Denn wenn der einstige deutsche Nachkriegsmusterschüler im Mittelmaß anlangt, bedeutet dies eine Verschlechterung. Und das halten unsere anerkennungshungrigen Landsleute schlecht aus.

Die deutsche Kapitulation am 8. Mai 1945 war keineswegs die Stunde Null. Der Tag markiert vielmehr den moralischen, politischen und wirtschaftlichen Tiefpunkt Deutschlands. Fortan sahen die Deutschen ein, dass sie und ihr Land nur dank Integrität, harter Arbeit und politischem Pragmatismus wieder zu Ansehen und annehmbaren Lebensumständen gelangen könnten. Die Trümmer der zerstörten Städte wurden zumeist von Frauen hurtig beseitigt. Rasch wurden neue Wohnhäuser und Fabriken hochgezogen. Die Tarifpartnerschaft funktionierte. Die Bevölkerung votierte, anders als zuvor in Weimar, klug und gab gemäßigten politischen Parteien ihre Stimme.

Die Politiker rechtfertigten das in sie gesetzte Vertrauen und handelten verantwortungsbewusst. So erarbeitete sich Deutschland sein Wirtschaftswunder. Die D-Mark wurde zum Sinnbild deutscher Leistungsfähigkeit. Doch die Bundesrepublik Deutschland begnügte sich nicht mit wirtschaftlichem Fleiß. Die Bundesregierung war bereit, sich mit dem ärgsten Verbrechen der deutschen Vergangenheit auseinander zu

setzen. Bereits in den ersten Monaten seiner Kanzlerschaft 1949 machte Konrad Adenauer deutlich, dass Deutschland willens sei, materielle Entschädigungsleistungen für die überlebenden Juden hierzulande, aber auch für deren Integration im damals gerade entstandenen Staat Israel zu leisten. Die CSU und Teile von Adenauers CDU verweigerten 1952 dem „Entschädigungsgesetz" jedoch ihre Zustimmung. Die Anerkennung der deutschen Verantwortung und die begleitenden materiellen Leistungen waren dem ersten Bundeskanzler jedoch dermaßen wichtig, dass er sich die notwendige Mehrheit mit Hilfe der damals oppositionellen Sozialdemokraten beschaffte. Dies wurde und wird nicht nur in Israel, sondern weltweit bis heute anerkannt.

Ein entscheidender Punkt der Politik in der Ära Adenauer war die Bereitschaft zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Nach den Desastern beider Weltkriege hatte die überwiegende Mehrheit der deutschen Männer das Bedürfnis, nie wieder Soldat zu sein. Doch die Bundesregierung und die Mehrheit der Bevölkerung verstanden, dass die Freiheit nur im Bündnis mit den anderen Demokratien des Nordatlantikpaktes verteidigt werden konnte. Dazu musste jedermann seine Pflicht tun.

Die Freiheit und der Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland waren die Voraussetzung für die Wiedervereinigung. Die von Kanzler Helmut Kohl versprochenen blühenden Landschaften in der ehemaligen DDR ließen eine Weile auf sich warten, doch schließlich wurden sie erarbeitet. Kohls Nachfolger Gerhard Schröder setzte die Agenda 2010-Reformen durch, um Deutschlands Wirtschaft im internationalen Wettbewerb eine Spitzenstellung zu sichern. Schröder wusste, dass die begleitenden sozialen Einschränkungen ihn das Amt kosteten könnten. So kam es. 2005 verlor er die Wahlen.

Die wirtschaftlichen Früchte der Agenda 2010 erntete die Regierung Merkel. Deutschlands Wohlstand stieg stetig, die Bereitschaft, dafür einzustehen, nahm hingegen ab. Mitte 2011 wurde die Wehrpflicht ausgesetzt. Das war falsch. Denn die Pflicht zum Dienst an der Gemeinschaft sollte Teil einer solidarischen Gesellschaft sein. Junge Menschen müssen lernen, sich für andere einzusetzen. Das hat kein Militärdienst zu sein – auch Hilfe für Bedürftige, Kranke, Ältere lässt Menschen reifen.

Die weltweite Anziehungskraft des reichen demokratischen Deutschlands wurde 2015 deutlich. Die Mehrheit der Männer und Frauen, die vor Krieg, Armut und Verfolgung im Nahen Osten und in Afrika nach Europa flohen, wollten hierher. Als Zehntausende in Ungarn nicht weiter durften, entschied die Bundesregierung, Deutschlands Grenzen für sie und weitere Asylsuchende zu öffnen. Die Regierungschefin gab sich überzeugt, dass die Herausforderung zu bewältigen sei.

Politik ist kein Wunschdenken. Die Regierung wollte Asylsuchende aufnehmen, doch es kamen Menschen. Nicht alle Einreisenden wurden überprüft. Unter den mehr als eineinhalb Millionen Flüchtlingen hatte nicht jeder lautere Absichten. Unter ihnen gibt es auch viele Judenhasser. Auf diese und andere Missstände war die deutsche Bevölkerung nicht vorbereitet. Die AfD-Populisten schürten Ängste. Sie erzielten Erfolge, zogen in den Bundestag ein und versprachen, die Regierung vor sich herzutreiben.

Nach den Wahlen im September benötigten die etablierten Parteien ein halbes Jahr, um mühsam eine neue Koalition zu zimmern. Die Bürger erwarteten, dass die Koalition und die Bundesregierung nunmehr hurtig die anstehenden Aufgaben anpackten.

Eine optimale Lösung der Flüchtlingsfrage gibt es nicht. Sie kann daher auch nicht erzielt werden. Erinnern wir uns an Bismarcks Maxime: Politik ist die Kunst des Möglichen. Unsere Politiker werden gewählt, um Deutschlands Interessen zu vertreten und sie so gut wie möglich mit Europas Bedürfnissen abzustimmen. Diese pragmatische Einsicht und das entsprechende Handeln erwarten wir Bürger von der Politik. Überspannte Erwartungen schaden unserem Land. ■

Privat, National Nuclear Security Administration / Nevada Site Office Public Domain, JVG (2), Bundesarchiv, B 145 Bild-P092350 / CC-BY-SA 3.0 / https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en, Public Domain / pixabay, Deutsche Fotothek (CC BY-SA 3.0 DE) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en, Public Domain / Christian Wolf, www.c-w-design.de / (CC BY-SA 3.0 DE) / https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en, Public Domain

NUKLEARABKOMMEN

Iran muss Israels Existenz anerkennen

National Nuclear Security Administration / Nevada Site Office Public Domain

Von Rafael Seligmann

Die Geschichte lehrt, dass Realpolitiker und ehemalige Generäle wie Clemens von Metternich, Charles de Gaulle, Henry Kissinger, Ronald Reagan, Anwar Sadat, Menachem Begin eher Stabilität in den zwischenstaatlichen Beziehungen sicherstellen können als Idealisten wie Neville Chamberlain oder gar der Friedensnobelpreisträger Barack Obama. Denn nicht alle Staaten werden von gutwollenden und friedfertigen Führungen regiert. Es gibt durchaus Regime, die imperialistische Ziele verfolgen und dabei nicht vor Kriegen zurückschrecken. Napoleon, Hitler und Japans Diktator Tojo Hideki waren nicht die einzigen kriegslüsternen Staatschefs. Mit der Niederlage der Nazis und Japans 1945 brach keineswegs der ewige Friede an. Diktatoren wie Iraks Saddam Hussein, die koreanische Kim-Dynastie und die syrische Assads, Libyens Muammar Khadhafi, das schiitische iranische Mullah-Regime überzogen ihre Nachbarstaaten mit Terror und Krieg. Nicht zuletzt versuchten sie, das ultimative Vernichtungsmittel der Atomwaffen entwickeln zu lassen. Damit wollen sie ein doppeltes Ziel erreichen: ihre selbst gewählten Feinde bedrohen und zugleich die eigene Gewaltherrschaft mittels Abschreckung unverletzlich machen.

Abkommen mit politischem Defizit

Die Befürworter einer Friedenspolitik um jeden Preis reklamieren das Ergebnis des Gipfeltreffens zwischen Präsident Donald Trump und Nordkoreas Diktator Kim Jong-un als Bestätigung ihrer Position. Sie verweisen darauf, Kim Jong-un habe zugesagt, seine Nuklearwaffenproduktion einzustellen. Derweil brüstet sich Präsident Trump, er habe durch seine Drohungen Kim, den er nunmehr als smarten Politiker bezeichnet, vom Einsatz der Atomwaffen, die selbst die USA bedroht hätten, abgehalten – und ihn bewogen, ihnen ganz abzuschwören. Um diesen Preis, meint Trump offenbar, könne man die Menschenrechtsverletzungen Pjöngjangs ausblenden.

Zugleich sehen andere Beobachter das Agreement zwischen Trump und Kim als ein überzeugendes Argument für die unveränderte Beibehaltung des Nuklearabkommens der ständigen Sicherheitsratsmitglieder plus Deutschland mit Iran, das der US-Präsident soeben gekündigt habe. Dieser Argumentation möchte Donald Trump nicht folgen. Er nennt die Vereinbarung „the worst deal ever" – und das aus triftigem Grund. Denn das „Iran-Abkommen" hat einen Geburtsfehler. Ein politisches Defizit. Die Abmachung von 2015 ist eine ausschließlich technische Vereinbarung.

Das seit 1979 herrschende Mullah-Regime intensivierte bereits in den 1990er Jahren seine atomaren Bemühungen. Bemerkenswert ist die politische Zielsetzung Teherans, die von religiösen und nationalistischen Grundsätzen diktiert wird. Das Revolutionsregime sieht sich als schiitische Avantgarde im Kampf um die Vorherrschaft in der islamischen Welt gegen die sunnitische Mehrheit. Vor allem aber zielt Teheran darauf ab, Israel als „zionistisches Krebsgeschwür" von der Landkarte des Nahen Ostens zu eliminieren. Beide strategische Bestrebungen korrespondieren miteinander: indem Teheran sich zur Speerspitze im Kampf gegen Israel profiliert und den jüdischen Staat bedroht, will es sich zur Vormacht in der *Umma*, der islamischen Welt, aufschwingen.

Als im 21. Jahrhundert unübersehbar wurde, dass Teherans Aktivitäten zum Bau und zur Einsatzfähigkeit atomarer Waffen führen würde, sahen sich die Weltmächte zum nuklearen Containment veranlasst. Die 5 +1–Länder lockten Teheran mit dem Versprechen, bei einer Aufgabe, zumindest der Reduzierung seines Atomwaffenprogramms die Sanktionen gegen Iran zu lockern, schließlich aufzuheben und seine eingefrorenen Gelder, bis zu 100 Milliarden Dollar, freizugeben. Das Ansinnen des Westens, auch das Existenzrecht Israels zu gewährleisten und die militärischen Aktivitäten Teherans in der Region zu begrenzen, lehnte dessen Regierung jedoch vehement ab. Israel und die gemäßigten arabischen Staaten, vor allem Saudi-Arabien und Ägypten, intervenierten in Washington und in den europäischen Hauptstädten, auch die politischen und militärischen Aktivitäten Irans in einem Abkommen zu stoppen. Vergeblich!

Teheran bestand auf die Fortführung seiner politisch-religiösen Essentials. Und die westlichen Staaten einschließlich Deutschland, dessen Kanzlerin Angela Merkel 2008 in der Knesset Israels Sicherheit als deutsche Staatsraison bezeichnet hatte, gaben Teherans vehementer Forderung nach. Ergebnis war das Nuklearabkommen von 2015. Iran reduzierte die Zahl seiner Zentrifugen zur Anreicherung von Uran, es verlängerte seine Breakout Timeline, also die Zeit zur Fertigstellung nuklearer Sprengsätze, auf ein Jahr. Im Gegenzug wurden die blockierten Gelder freigegeben und die Sanktionen gegen Iran aufgehoben. Gegen den ausdrücklichen Wunsch der betroffenen arabischen Staaten und Israels. Teheran nutzte die Gelder umgehend, um seine politischen und militärischen Aktivitäten in der arabischen Welt zu intensivieren. Iran gewann einen beherrschenden Einfluss in Irak. In Libanon eroberten die von Teheran unterstützten Hizbollah-Milizen die Macht. Ebenso wie im Gaza-Streifen die sunnitische Hamas. Im syrischen Bürgerkrieg entschied Iran mittels Militärberatern, Söldnern und Geld das Geschehen zu Gunsten von Diktator Assad. In Jemen stachelte Teheran die Huthi-Milizen zum Kampf um die Vorherrschaft sowie zu Angriffen gegen Saudi-Arabien an. Auf diese Weise sollte die sunnitische Monarchie destabilisiert werden. Parallel dazu intensivierte Teheran ein Raketenprogramm zum Transport nuklearer Waffen.

> “ Teheran nutzt die freigegebenen Gelder, um seine politischen und militärischen Aktivitäten in der arabischen Welt zu intensivieren

Übergeordnetes Ziel

Iran griff seine selbst gewählten Feinde Israel und Saudi-Arabien verstärkt an. Der saudische Kronprinz Mohammed Bin-Salman, der zu einem Ausgleich mit Israel bereit ist, will nicht hinnehmen, dass sein Land von Iran in die Zange genommen und attackiert wird. Riad und die Vereinigten Arabischen Emirate wehren sich gegen die Angriffe Irans. Israel reagierte auf iranische Angriffe aus Syrien ebenfalls mit massiven militärischen Schlägen gegen Teherans Stützpunkte in Syrien. So verkehrte sich das Bestreben der Initiatoren des 5+1-Abkommens ins Gegenteil. Statt die Region zu befrieden, gewährt es Teheran die Mittel zur Intensivierung seines Vorgehens gegen Israel und die sunnitischen Länder.

Das übergeordnete Ziel des atomaren Abrüstungsvertrages ist richtig. Doch es kann nur wirksam werden, wenn der Führung in Iran begreiflich gemacht wird, dass die 5+1-Mächte auf eine Existenzsicherung aller Staaten durch Teheran beharren. Frieden ist kein technisches Detail, sondern eine politische Grundsatzentscheidung. Das muss auch Iran respektieren. ■

UN-MENSCHENRECHTSRAT

Kein Alibi und kein Geld für Anti-Zionismus

Von Elisabeth Neu

Die Ankündigung der Vereinigten Staaten, den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen zu verlassen, ist, von Israel abgesehen, weltweit als Akt der Geringschätzung internationaler Strukturen verurteilt worden. Amnesty International geißelte den Beschluss der USA gar als „unverantwortlich". Die allseitige Empörung sollte nicht die Begründung der amerikanischen Regierung ungehört machen. Außenminister Mike Pompeo und UN-Botschafterin Nikki Haley begründeten den Schritt mit dem „tief verwurzelten Vorurteil" gegenüber Israel, der fehlenden Reformbereitschaft und der Tatsache, dass Diktaturen, die sich der schlimmsten Vergehen gegen die Menschrechte schuldig machen, Sitz und Stimme in diesem UN-Gremium haben.

Das weltweite Eintreten für die Einhaltung der Menschenrechte ist für jeden freiheitlich-demokratischen Staat eine Selbstverständlichkeit. Wenn die „Menschenrechte" jedoch lediglich als Deckmantel, ja als Propaganda-Instrument genutzt werden, dann verkehrt sich die Wirkung: von konkreter Hilfe für bedrohte Menschen hin zur politischen Waffe. Kein Staat und keine einzelne Persönlichkeit, dem die Menschenrechte am Herzen liegen, dürfen deren Missbrauch dulden. Sonst verkommen die „Menschenrechte" weltweit zur Nullnummer. Darüber hinaus verlieren sie ihre Glaubwürdigkeit in den demokratischen Ländern.

Wikimedia / Public Domain

UN-Menschenrechtsrat in Genf

Der Menschenrechtsrat war 2006 als Ersatz für die UN-Menschenrechtskommission installiert worden. Das hergebrachte Gremium hatte seine Glaubwürdigkeit vollständig eingebüßt. Statt global Verstöße gegen die Menschenrechte anzuprangern – in der Hoffnung, damit diese Missstände durch Publizität oder Sanktion beenden zu helfen –, hatte diese UN-Kommission sich als Körperschaft etabliert, in der beliebige Staaten, unter ihnen Gewaltregime wie Syrien und die Diktatur Muammar Khadhafis, fortwährend und fast ausschließlich über Israel zu Gericht saßen. Für diese Propagandamaschinerie wollten die Vereinigten Staaten nicht länger Geld und ihren demokratischen Leumund hergeben.

Ab 2006, lange Jahre ehe Donald Trump politisch aktiv wurde, sollte alles besser werden. Der neue Menschenrechtsrat versprach ausschließlich das zu tun, was sein Name besagte: In aller Welt die Einhaltung der Menschenrechte zu beobachten und eventuelle Verletzungen aufzuzeigen. Die gute Absicht hörte man allenthalben wohl.

Überkommene Heuchelei

Die Praxis der vergangenen Jahre erwies indessen, dass der „neue" Menschenrechtsrat lediglich alter Kommissionswein im neuen Rat war, inklusive der überkommenen Heucheleien. Die demokratischen Staaten dienten wiederum als Alibi für Diktaturen, um unliebsame Länder, an ihrer Spitze wiederum Israel, anzuprangern. „Notorisch repressive Staaten" wie China, Kuba, Venezuela plus NGOs schwangen sich erneut als Richter über die Menschenrechte in jenen Ländern auf, die ihnen nicht behagten. An erster Stelle Israel.

Dies geschah, indem die Situation in den von Israel besetzten Gebieten Palästinas zum ständigen Tagesordnungspunkt gemacht wurde. Auf diese Weise wurden 20 israelkritische Resolutionen gefällt, zweimal so viel wie gegen das syrische Assad-Regime, fünf mal so oft wie gegen Iran und Nordkorea. Das veranlasste die *Neue Zürcher Zeitung* zur Frage: „Ob sich die Ratsmitglieder mehr von ihrer Sorge um die Menschenrechte oder von ihrem Antisemitismus treiben lassen"? Oder von politischem Opportunismus?

Alle Welt war ein Dutzend Jahre Zeuge dieses selektiven Vorgehens. Selbst die westlichen Demokratien nahmen es hin – und zahlten. Die Trump-Administration wollte das Schmierentheater nicht länger unterstützen, schon gar nicht finanziell. Nach einer Reihe vergeblicher Warnungen machte Washington ernst und verließ den Menschenrechtsrat.

Prinzipiell ist das UNO-Gremium dringend notwendig. Weltweit und ohne Ausnahme. Selbstverständlich muss Israel ebenso beobachtet werden wie jeder Staat, etwa die USA, Deutschland... Doch mit der einseitigen Israel-Schelte muss Schluss sein. Fahren China, Afghanistan, Kongo etc. unter Duldung der Staatengemeinschaft fort, den jüdischen Staat einseitig anzuprangern, um ihre eigenen Verbrechen zu überblenden, dann sollen sie es ungetarnt und ohne das Geld der freien Welt tun. ■

FLÜCHTLINGSKRISE

Ethisches Dilemma

Von Frank Bernbeck

Die Irrfahrt der Flüchtlingsschiffe „Aquarius" und „Lifeline" und das Gerangel um die Rettung und Aufnahme von afrikanischen Flüchtlingen gemahnt an die Odyssee der „St. Louis" mit über 900 jüdischen Flüchtlingen an Bord im Jahre 1939. Der erste menschliche Impuls ist, die afrikanischen Flüchtlinge aus der unmittelbaren Gefahr zu retten. Danach ihnen auch dauerhaft zu helfen. Not kennt kein Gebot.

Vergleichen wir die Situationen. Es bestehen Unterschiede zwischen der Lage der Juden 1939 und den afrikanischen Flüchtlingen heute. Den Juden, die sich damals aus Hamburg mit der „St. Louis" aufmachten, drohte der sichere Tod. Deshalb gilt ihre Fahrt, auf der ihnen zunächst Kuba und dann die USA die Aufnahme verweigerten, als Beispiel für die Gleichgültigkeit der Weltöffentlichkeit gegenüber dem Schicksal potenzieller Opfer. Zwar fanden die Passagiere später Aufnahme in Staaten wie Belgien, den Niederlanden und Frankreich. Doch als die Nazis diese Länder besetzten, gerieten die ehemaligen „St.Louis"-Passagiere erneut in Lebensgefahr. Über 200 von ihnen wurden von Hitlers Schergen ermordet. Ein Großteil der Menschen aber, die heute von Afrika nach Europa wollen, fliehen überwiegend nicht vor unmittelbarer Gefahr. Sie wollen ihre wirtschaftliche Lage verbessern.

1939: Die St. Louis im Hamburger Hafen

Public Domain

Das kann man angesichts der in weiten Teilen Afrikas herrschenden Not nachvollziehen, aber in unmittelbare Gefahr geraten die Flüchtlinge erst beim Marsch durch die Wüste und der halsbrecherischen Überfahrt auf seeuntüchtigen Booten. Auf dem offenen Meer müssen sie gerettet und schnell in Sicherheit gebracht werden. Insofern handelte Italien im Fall der „Aquarius" herzlos, aber dennoch ist Roms Appell an Europa berechtigt, die routinierten Abläufe rund ums Mittelmeer zu durchbrechen.

Gesinnungs- vs. Verantwortungsethik

Die Asylanerkennungsquote bei Afrikanern ist so gering, dass man die Menschen daran hindern sollte, sich der Gefahr der Überfahrt auszusetzen. Der Ablauf von Schlepperbanden, die die Menschen aufs offene Meer locken, und wohlmeinenden Hilfsorganisationen, die sie retten, muss durchbrochen werden. Wer den Afrikanern über die unmittelbare Lebensrettung hinaus dauerhaft helfen will, muss sagen, wie er das organisieren und finanzieren will, ohne die aufnehmenden Staaten zu überfordern. Letztlich befinden wir uns in einem Konflikt zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Entweder man hilft bedingungslos oder Politiker bedenken auch die Grenzen des Machbaren.

Das Dilemma ist weltweit unlösbar. Etwa 40 000 Afrikaner flohen nach Israel. Die meisten von ihnen leben in Süd-Tel Aviv. Es kam zu Konflikten mit der ärmeren Bevölkerung. Versuche der Regierung, die Afrikaner zur Rückkehr in ihre Heimat mit Hilfe von Geld oder Ausweisung zu bewegen, schlugen fehl. Das Oberste Gericht entschied: Die Afrikaner haben Bleiberecht. Am Ende siegte Mitgefühl über Populismus. ■

2018: Die Aquarius

Ra Boe / Wikipedia Ra Boe / Wikipedia, Aquarius (ait Meerkatze) (Ship) 04 by-RaBoe 2012, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode

ANNEGRET KRAMP-KARRENBAUER

Aus gutem Grund an der Seite Israels

Die CDU-Generalsekretärin über Trump, Bundeswehr, Populismus und den Nahost-Konflikt

Wir sind Zeugen eines Umbruchs der Weltordnung, die den internationalen Beziehungen ein Mindestmaß an Stabilität verliehen hatte. Wie wird die Reaktion der CDU und der Bundesregierung sein?

Außenpolitisch gesehen ist die Tatsache, dass wir es mit einem amerikanischen Präsidenten zu tun haben, der, wie in seinem Wahlkampf angekündigt, die nationalen Interessen seines Landes durchsetzt und das auch außerhalb der bislang gekannten Vereinbarungen, eine klare Aufforderung an uns, unsere Interessen sehr deutlich und in der Sache hart zu vertreten. Dort, wo wir erkennbar Schwachstellen haben, auch in der Argumentation, müssen wir diese beseitigen. Zudem wird deutlich, dass wir dann stärker sind, wenn wir unsere Antwort als Europa geschlossen geben. Daher müssen wir an der Einigkeit Europas arbeiten. Nach innen wiederum müssen wir dafür sorgen, dass trotz dieser Töne aus dem Weißen Haus der Anti-Amerikanismus nicht wächst. Wir müssen deutlich machen, dass wir nach wie vor zu dieser transatlantischen Freundschaft stehen und dass diese tiefer und vielfältiger ist, als dass sie durch das Agieren eines Präsidenten in Frage gestellt oder aufgelöst werden könnte.

Wie bereitet man die deutsche Gesellschaft darauf vor, dass Verteidigungsausgaben erhöht werden, Milliardenbeträge, die woanders dann fehlen?

Zuerst müssen wir das Bewusstsein dafür schärfen, dass es die klassische Trennung zwischen Außenpolitik in all den bekannten Facetten und Innenpolitik, so es diese Trennung jemals gegeben hat, in der heutigen Zeit jedenfalls nicht mehr gibt. Alles, was um uns passiert, Beispiel: Syrien, hat unmittelbare Auswirkungen auf Europa und auch auf uns. Der zweite Punkt ist, dass wir ein Stück weit an ein Ende kommen mit der außenpolitischen Zurückhaltung Deutschlands, auch, was das Thema Anstrengungen in der Verteidigungs- und Bündnispolitik anbelangt. Hier erwarten unsere Partner zu Recht, dass wir mehr Verantwortung übernehmen. Und mehr Verantwortung in diesem Bereich heißt ganz konkret, dass wir auch mehr Geld dafür ausgeben. Das muss man sehr offen sagen. Dass dies eine schwierige Debatte wird, zeichnet sich bereits ab – das böse Wort Aufrüstung steht schon wieder im Raum... Sind wir in der Lage und willens, die europäische Säule in der NATO zu stärken? Dies wiederum bringt die Frage mit sich, wie wir unserseits das transatlantische Verhältnis stärken und damit die offene Flanke, die wir in den Diskussionen mit der amerikanischen Administration haben, auch ganz aktiv schließen.

> “ Unsere Partner erwarten zu Recht, dass wir außenpolitisch mehr Verantwortung übernehmen. Das wird auch mehr Geld kosten

Der Zuspruch für Populisten, Chauvinisten ist keineswegs nur ein deutsches, sondern ein globales Phänomen: Philippinen, USA, Russland, Ungarn ... Was setzt eine demokratische Volkspartei wie die CDU dagegen?

Für eine der Verantwortungsethik verhaftete Politik und eine entsprechend agierende Partei ist der Populismus die größte Herausforderung. Er findet sich von rechts und links, am schwierigsten dort, wo sich rechte und linke Forderungen in einem Programm treffen. Aus meiner Sicht steckt dahinter das Aufgreifen einer Sehnsucht, die die Menschen schon immer hegten, die aber in einer Welt, die komplizierter und unübersichtlicher geworden ist, stärker wird: Die Sehnsucht nach vermeintlich einfachen Lösungen, nach Schwarz und Weiß und vor allem nach Sündenböcken, die man verantwortlich machen kann für all das, was im eigenen Leben aber auch darüber hinaus schwierig läuft. Dagegen verantwortliche Politik zu setzen, dagegen Fakten zu setzen, ist schwer, weil ja sehr viel aus dem Gefühl heraus argumentiert wird und dieses Gefühl auch die eigene erlebte Realität ist.

JVG (3)

Was meinen Sie damit genau?

Wir können den Menschen nicht sagen, das ist nur ein Gefühl für Euch, denn für diese Menschen ist dieses Gefühl Realität und insofern müssen wir uns damit eben als Realität auseinandersetzen. Im Moment haben wir in Deutschland auch eine heftige Diskussion über die Frage, ob der Staat die Ordnung in diesem Land noch gewährleisten kann. Das wird an vielen Punkten festgemacht: Am gesamten Thema Asyl und Migration, aber auch an Tatsachen, dass jemand festgenommen wird und tags darauf wieder auf freiem Fuß ist... Dahinter verbirgt sich ein Gefühl, dass der Staat nicht mehr in der Lage ist, die Regeln, die er selbst gesetzt hat, umzusetzen, und das erzeugt ein tiefes Gefühl der Verunsicherung. Dagegen vorzugehen ist eine langfristige Aufgabe. Da hilft nur die Überzeugung durch eine entsprechende konsequente Politik, durch entsprechendes Handeln.

Die AfD kam bei der Bundestagswahl in Sachsen auf 27%... Haben wir noch genug Zeit, diesen einfachen, schnellen und radikalen Parolen zu begegnen?

Man muss diese Auseinandersetzung, diesen Kampf jeden Tag führen. Man muss ihn führen, indem man den Beweis antritt, dass das, was von den Populisten behauptet wird, nicht wahr ist. Aus meiner langjährigen Erfahrung als Innenministerin kann ich sagen, sie gewinnen Vertrauen in die innere Sicherheit nicht dadurch, dass sie politische Diskussionen und Forderungen in einem immer schrilleren Ton stellen, sondern sie gewinnen Vertrauen dadurch, dass das, was die Menschen als Problem wahrnehmen, gar nicht erst auftaucht oder eben wo nötig gelöst wird. Den Beweis dafür müssen wir antreten. In der politischen Auseinandersetzung müssen wir ganz klar und eindeutig sein, das heißt für mich, gerade auch mit Blick auf die AfD, dass wir als CDU immer wieder darauf hinweisen, was die AfD eben alles ist, welche Elemente sie beherbergt, welche sie duldet oder sogar eher aktiv fördert. Etwa radikale Elemente am rechten Rand, die antisemitisch sind, die geschichtsrevisionistisch sind, die rassistisch sind. Wir müssen allen Menschen, die aus welchen Gründen auch immer Sympathien für diese Partei hegen, deutlich machen, das kauft ihr euch damit ein, seid ihr euch dessen bewusst und wollt ihr das auch? Es darf nie mehr dazu kommen, dass jemand sagt, das habe ich nicht gewusst, dass die AfD auch so ist...

Bei den Al Quds-Demonstrationen 2014 wurde „Juden ins Gas" gerufen – es gab keine einzige Anzeige... Wo bleibt da die Betonung durch die CDU, durch die Volksparteien: Das nehmen wir nicht hin?

Mit Blick auf unsere historische Verantwortung darf keine Relativierung betrieben werden. Deshalb setzen wir als CDU ein klares Zeichen mit der Aktion „Von Schabbat zu Schabbat", die aus meiner Sicht einen sehr guten Start hatte und von der ich mir wünsche, dass wir sie als festen Bestandteil unserer Parteiarbeit in jedem Jahr wiederholen. Gemeinsam mit der CSU wollen wir das Jüdische Forum in der Union gründen, das sich mit dem Kampf gegen Antisemitismus beschäftigt, aber eben auch aufzeigt, wie selbstverständlich jüdisches Leben heute in Deutschland wieder stattfindet, und hilft, auch dafür einen Blick zu entwickeln und dafür zu werben. Wir wollen dafür sorgen, dass so etwas wie 2014 nicht mehr passiert, sondern dass wir ein Bewusstsein schaffen, wo dann selbstverständlich auch die entsprechenden Anzeigen erstattet werden und Straftaten auch nachgegangen wird.

Mit der fundamental-islamistischen Bedrohung, die hierzulande nach 2015 deutlich wurde, besann man sich plötzlich der christlich-jüdischen Tradition dieses Landes, die ja tatsächlich seit 1700 Jahren existiert...

Durch die Menschen, die seit 2015 in unser Land gekommen sind, aber auch schon vorher, ist ja auch in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich geworden, dass es sich um Menschen handelt, die aus einem ganz anderen kulturellen, traditionellen Hintergrund und Glauben kommen. Die zum Teil auch mit einem radikalen Hintergrund herkamen. Das zwingt zur Reflexion: Wie in einem Spiegel, wo man die anderen sieht, aber eben auch sich selbst. Frage: Wenn die so sind, wie sind wir eigentlich? Das löst einen Prozess der Selbstvergewisserung aus. Wenn wir zusammen leben und über Integration reden, können wir zu Recht aus meiner Sicht auch verlangen, dass Menschen, die zu uns kommen, unsere Regeln und Werte akzeptieren. Das allerdings setzt voraus, dass wir selbst wissen, was unsere Regeln und unsere Werte sind. Wir haben eine Situation im Moment, die die Gesellschaft aufwühlt, in der aber auch eine Chance steckt, sich über vieles noch einmal bewusst zu werden.

Und dass die Rückbesinnung auf vermeintlich eigene Traditionen und Werte eben nicht nur dann und nicht nur in der Funktion als Abwehr gegen andere geschieht. Nein, es muss vielmehr eine Selbstvergewisserung aus eigener Stärke sein.

Die Kirchen und Synagogen werden immer leerer, die Moscheen immer voller ... wir verlieren Gott und damit auch viele Werte. Wie kann eine Partei, die das „C" im Namen hat, den Glauben wieder „in" machen?

Das ist für uns eine wirklich wichtige Frage. In meiner Kindheit ging man zur Kirche, weil das einfach so war, man dachte nicht groß darüber nach. Heute engagieren sich weniger Menschen in der Kirche, weniger Menschen besuchen die Gottesdienste. Doch die Jüngeren, die dies heute tun, tun es sehr viel bewusster. Sie haben sich ganz bewusst für das kirchliche Engagement entschieden und darin steckt auch eine Chance. Das verändert Kirche. Wir müssen uns auch in CDU damit auseinandersetzen, dass wir zunehmend Mitglieder haben, die keine religiöse Bindung pflegen. Eine der Fragen, die wir uns stellen ist, ist es für eine Partei noch opportun, in einer Zeit, in der der Anteil der kirchlich Gebundenen, der religiös Engagierten zurückgeht, überhaupt noch ein „C" im Namen zu führen. Ist das ein Anachronismus? Die Antwort vorweg: Ich glaube, dass das „C" in der heutigen Zeit sogar noch notwendiger ist als es früher war. Deshalb würde ich immer dafür kämpfen, dass wir es beibehalten, nicht nur in unserem Namen, sondern auch in der Ausprägung unseres Programms. Unser „C" hat nichts Ausschließendes. Jeder kann bei uns Mitglied werden, egal, welchen Glauben er hat. Das „C" steht nicht für eine Politik, sondern dafür, dass wir das christliche Menschenbild in den Mittelpunkt stellen, und das bietet Raum für alle, die sich engagieren wollen.

> “ Viele, die hierzulande über israelische Politik diskutieren, lassen die besondere Bedrohung des Landes in der Region außer Acht

Wie bringt man das Bewusstsein der deutsch-jüdischen Symbiose nach 1700 Jahren in die Köpfe der Menschen zurück?

Die Junge Union hatte in unserer Kampagne „Von Schabbat zu Schabbat" einen schönen Ansatz: Im Internet wurden der jüdische Ursprung von Begriffen erklärt, die wir jeden Tag benutzen, Techtelmechtel, guten Rutsch etc.. Vielen ist dieser Ursprung überhaupt nicht bewusst. Eine kleine Maßnahme mit einem großen Aha-Effekt... In unserem politischen Ansatz sagen wir nicht nur, wir kämpfen gegen Antisemitismus, sondern wir zeigen jüdisches Leben in Deutschland heute. Für mich persönlich war einer der erhellendsten Momente hier in Berlin in einem Gespräch mit Studenten, wo mir einer sagte, hört doch auf, von Mitbürgern jüdischen Glaubens zu sprechen: Wir sind Juden. Wir sind Menschen, die hier leben, Deutsche, zufälligerweise auch noch Juden. Zu dieser Normalität müssen wir finden. Und hierbei ist das Jüdische Forum in der Union eine echte Chance.

2008 erklärte Angela Merkel vor der Knesset, Israels Sicherheit sei für Deutschland niemals verhandelbar. Sieben Jahre später wurde ein Vertrag mit Iran geschlossen, in dem Israels Existenzrecht wie auch das Saudi-Arabiens, Ägyptens überhaupt nicht erwähnt wird. Wie passt das zusammen? Kann ein solcher Vertrag überhaupt greifen, wenn der eine Vertragspartner ein anderes Land vernichten will und dies öffentlich verkündet?

Der Impuls dieses Vertrages, der ja lange verhandelt wurde ist, war die Frage, wie finden wir bei einer angenommenen atomaren Aufrüstung des Iran ein Instrument, diese Fähigkeit des Iran einzugrenzen. Natürlich kann man darüber streiten, ob der Vertrag gut genug ist oder nicht, aber ich bin grundsätzlich der Auffassung, es ist besser, man hat ein Regelwerk, das eine solche Entwicklung zumindest eindämmt oder verhindert. Angela Merkel sprach von Israels Sicherheit als deutscher Staatsräson und das muss auch in der innenpolitischen Diskussion immer deutlich werden, wenn sich kritisch mit der aktuellen Politik in Israel auseinandergesetzt wird. Wir müssen stets darauf hinweisen: Aus gutem Grund stehen wir wie kein anderes Land für das Existenzrecht Israels ein. Der Iran-Vertrag ist sicher nicht der optimalste der Welt und es wäre aus meiner Sicht dringend notwendig, dass er weiter verbessert wird.

Viele, die hierzulande über israelische Politik diskutieren, lassen die Tatsache der Isolation Israels in dieser Region und seiner Bedrohung außer Acht. Daher müssen wir immer wieder daran erinnern, dass viele Fragen für Israel im wahrsten Sinne des Wortes existenzielle Fragen sind und das der entscheidende Unterschied zur Situation anderer Staaten ist.

War es in dieser Situation nicht übereilt, im vergangenen Jahr wegen der Siedlungspolitik Jerusalems die deutsch-israelischen Regierungskonsultationen auszusetzen?

Nach meinem Eindruck verfolgt der neue Bundesaußenminister einen anderen Ansatz gegenüber Israel und das ist das Entscheidende. Es ist der richtige Ansatz. Die Tatsache, dass eine seiner ersten Reisen als Außenminister Heiko Maas nach Israel führte, spricht eine ganz klare Sprache.

Die USA hat Jerusalem als Israels Hauptstadt anerkannt. Das stößt auf massiven Widerstand, auch hierzulande. Doch Jerusalem war bereits in biblischer Zeit Hauptstadt Judäas und ist seit 70 Jahren die Kapitale Israels...

Nach wie vor stehen wir hinter einer Zwei-Staaten-Lösung. Ob die Verlagerung der US-Botschaft in der gegenwärtigen Situation auf dem Weg zu diesem Ziel hilfreich ist oder weniger hilfreich, kann man unterschiedlich bewerten. Persönlich wünsche ich mich sehr, dass Jerusalem, das schon immer eine ganz besondere Stadt war für Menschen vieler Religionen, seinen besonderen Charakter in einem verbindenden Sinne stärker zeigen kann als das heute der Fall ist. Ich würde mir sehr wünschen, dass eine Zeit kommt, in der Jerusalem auch ein Symbol dafür sein wird, dass man Unterschiedliches glauben und trotzdem gut zusammenleben kann – was im Alltag heute schon dort oftmals besser gelingt, als das die ein oder andere Schlagzeile glauben macht. ■

CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer sprach im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin mit den JVG-Redakteuren Elisabeth Neu und Rafael Seligmann

REAL ESTATE

Ein sicherer Standort

Deutscher Immobilienmarkt attraktiv für Investoren aus aller Welt

Begehrte Location: Potsdamer Platz, Berlin
allthings berlin \ Flickr \ Public Domain

„Die beiden größten Transaktionen im vergangenen Jahr in Deutschland wurden durch internationale Investoren getätigt

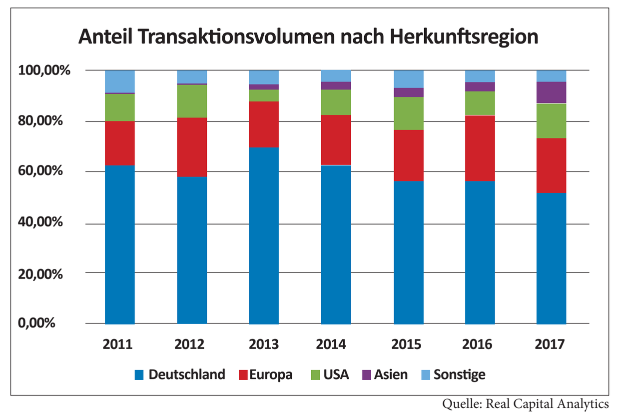
Von Bernhard Heinlein und Thomas Völker

Noch bis zum Anfang dieses Jahrtausends wurde der gewerbliche Immobilienmarkt in Deutschland durch einheimische Investoren dominiert. Ausländische Investoren, in diesem Fall überwiegend institutionelle Investoren, wie Pensionsfonds, Versicherungen und sonstige Fonds, waren eher selten anzutreffen. Dafür gab es verschiedene Gründe: Die fehlende Transparenz durch eine noch sehr rudimentäre Erfassung der Transaktionen, im Vergleich zu anderen Immobilienmärkten, wie z.B. Großbritannien mit einem hohen Institutionalisierungsgrad; die föderale Struktur Deutschlands und die damit zusammenhängende Unübersichtlichkeit des Marktes oder auch die geringen Renditeerwartungen.

Der hiesige gewerbliche Immobilienmarkt, aber auch die Einschätzung internationaler Investoren zu Deutschland, hat sich seitdem weiterentwickelt und positiv verändert. Durch die Professionalisierung des Market Researchs sind ausreichend Marktinformationen vorhanden. Ausländische Investoren schätzen Deutschland heutzutage gerade wegen der Risikostreuung auf mehrere Investmentstandorte. Zudem trägt das Niedrigzinsumfeld dazu bei, dass Immobilieninvestments als nahezu alternativlos angesehen werden (sog. „Wall of money"). Deutschland rangiert in Europa auf Basis des Transaktionsvolumens im Jahr 2017 an zweiter Stelle hinter Großbritannien und mit großem Abstand vor Frankreich, das lange Zeit den zweiten Platz innehatte. Über die bereits genannten Faktoren hinaus existieren weitere Gründe, die den Investitionsstandort Deutschland attraktiv gestalten. Neben der politischen Stabilität ist vor allem Deutschlands solide und diversifizierte Wirtschaft zu nennen, die im achten Jahr in Folge ein wirtschaftliches Wachstum verzeichnet. Die Anzahl der Erwerbstätigen befindet sich auf Rekordniveau (45,3 Mio.). Die Arbeitslosenquote ist mit 6,3% so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Damit einhergehend ist die gute Verfassung der Nutzermärkte (Mieter) mit geringem Risiko bei geringen Objekt-Leerständen und weiter leicht steigenden Mieten. Hier hat Deutschland auch einen Vorteil gegenüber anderen Ländern. Beispielhaft sei hier Großbritannien genannt, wo im Londoner Büromarkt die Folgen des Brexit-Referendums spürbar sind und das eine oder andere Investment nicht getätigt wurde oder stattdessen in andere Länder investiert wurde. Ferner verfügt Deutschland über einen stabilen Finanzierungsmarkt mit über 1.800 Banken, die die Wirtschaft auch in Krisenzeiten nachweislich mit ausreichend Liquidität versorgen.

Land	Transaktionsvolumen	%
Großbritannien	EUR 70,3 Mrd.	24,0 %
Deutschland	EUR 67,5 Mrd.	23,0 %
Frankreich	EUR 33,9 Mrd.	11,6 %
Rest Europa	EUR 121,7 Mrd.	41,4 %
Summe	**EUR 293,4 Mrd.**	**100,0 %**

All dies hat dazu geführt, dass Deutschland als sicherer Investitionsstandort zählt und sich auch deshalb der Anteil internationaler Investoren am gewerblichen Transaktionsvolumen in den letzten Jahren gesteigert hat. Im Jahr 2017 wurde nahezu jeder zweite Euro in Deutschland von ausländischen Investoren investiert. Neben Investoren aus dem europäischen Ausland sind insbesondere Investoren aus den USA und Asien aktiv. So fällt auf, dass asiatische Investoren 2017 fast dreimal so viel in Deutschland investiert haben wie noch 2016.



Quelle: Real Capital Analytics

Die beliebtesten Standorte 2017 in Deutschland waren die Regionen Berlin (EUR 11,9 Mrd. / 17,6% des Transaktionsvolumens) und Frankfurt (EUR 8,3 Mrd. / 12,3%), gefolgt von München (EUR 5,9 Mrd. / 8,7%). Dabei präferierten insbesondere internationale Investoren hochwertige und große Büroobjekte (49,9% des Transaktionsvolumens internationaler Investoren), Logistikportfolien (17,1%) und Einzelhandelsimmobilien (15,2%) in etablierten und objektspezifischen Lagen.

Dazu passt, dass die beiden größten Transaktionen im vergangenen Jahr in Deutschland durch internationale Investoren getätigt wurden. So wurde das Sony Center in Berlin für EUR 1,11 Mrd. durch Blackstone (USA) und der Commerzbank Tower in Frankfurt durch Samsung Life Insurance (Korea) für EUR 0,73 Mrd. erworben.

Die gestiegene Nachfrage nach Immobilien aus dem In- und Ausland hat die Kaufpreise europaweit und somit auch in Deutschland steigen lassen. Mit ca. 6,4% bewegt sich die Ankaufsrendite aller Immobilienklassen hinweg im Durchschnitt auf einem historisch niedrigen Niveau. Die Rendite für absolute Prime-Immobilien liegt in den europäischen Metropolen im Durchschnitt unter 4%. In Deutschland sind die Ankaufsrenditen für Top-Büroobjekte in den letzten 12 Monaten um 20% gesunken und liegen bei historisch niedrigen 3%.

Die Immobilie stellt trotz dieser historisch niedrigen Renditen, auch in einem Umfeld leicht steigender Zinsen seit Jahresbeginn, ein weiterhin alternativloses Investment dar. Der Anlagedruck der Investoren bleibt somit unverändert hoch – und mit ihm auch die Nachfrage. Investoren aus Asien haben bereits bekannt gegeben, in den kommenden zehn Jahren mehrere EUR 100 Mrd. in den europäischen Immobilienmarkt zu investieren. Eine Preiskorrektur und ein Ende des Runs auf Immobilien im gewerblichen Sektor sind daher nicht zu erwarten. ■

Bernhard Heinlein ist Mitglied des Vorstands, Thomas Völker Leiter der gewerblichen Immobilienfinanzierung International der Münchener Hypothekenbank eG.

ITALIEN

Irrweg in neue Schulden?

Von Dieter Sattler

„Too big to fail" – begründete man während der Finanzkrise, dass Großbanken gerettet wurden, weil ihr Zusammenbruch als zu risikoreich für die Gesamtwirtschaft eines Landes eingeschätzt wurde. Deshalb wurden die Pleitiers oftmals mit Steuermitteln saniert.

Nun könnte auch der EU-Staat Italien zu groß sein, um fallengelassen zu werden. Ein wirtschaftlicher Ruin des südeuropäischen Landes hätte verheerende Folgen für den gesamten Euro-Raum. Dagegen wäre die Griechenland-Krise ein laues Lüftchen gewesen. Italien ist die drittstärkste Volkswirtschaft in Europa. Die Wirtschaft ist, anders als Griechenland, mit einer recht hohen Industriequote robust aufgestellt. Aber die Schuldenlast von 130 Prozent des Bruttosozialprodukts (doppelt so viel wie Deutschland, 25 Prozent mehr als Frankreich) ist erdrückend. Statt mit Sparen dagegenzuhalten, plant das neue Regierungsbündnis von linkspopulistischer Fünf-Sterne-Bewegung und rechtspopulistischer Lega gar eine gegenteilige Politik.

Die Regierung des parteilosen Premierministers Giuseppe Conte kündigte an, die Steuern zu senken, die Investitionen zu erhöhen und die Lebensarbeitszeit zu verkürzen. Immerhin hat man offenbar von der Wahlkampfidee eines angekündigten bedingungslosen Grundeinkommens Abstand genommen. Dennoch: Wer die Ausgaben erhöht und die Einnahmen reduziert, wird neue Schulden machen. Und das zu einer Zeit, in der die Nullzinspolitik zu Ende geht. So werden die jährlichen Mehrkosten der geplanten Maßnahmen auf 80 bis 120 Milliarden Euro beziffert.

Wer soll das bezahlen? Italien hofft: die Anderen. Rom scheint darauf zu spekulieren, dass die EZB und die EU-Partner Italien notfalls so retten, wie es einst mit Griechenland geschah. Die Ankündigungen der Regierung sorgten für Misstrauen in Italien. Die Zinsen für Staatsanleihen kletterten auf drei Prozent, obwohl die Europäische Zentralbank (EZB) eigentlich billiges Geld vergibt. Möglicherweise hofft Rom, die großzügigere EU-Finanzpolitik, die Frankreichs Präsident Emmanuel Macron fordert und Deutschland gewähren könnte, für sich nutzen zu können. Andernfalls, so die Drohung Italiens, könnte man aus dem Euro austreten und für einen schmerzhaften Zahlungsausfall sorgen. Italiens Europaminister Paolo Savona, der ursprünglich Finanzminister hatte werden sollen, verkündete dies jedenfalls als Plan B, falls die EU Italien nicht entgegenkommt. Möglicherweise soll die EU so erpresst werden, um Italien um jeden Preis zu helfen. Die Risiken eines Zahlungsausfalls wären in der Tat beträchtlich. Die Europäische Zentralbank hält italienische Staatsanleihen in Höhe von 340 Milliarden Euro, im gegenseitigen Bankenzahlungssystem Target hat Italien noch 440 Milliarden Euro im Feuer. Deutschlands spezielles Risiko bei einem Zahlungsausfall wird auf bis zu 150 Milliarden Euro geschätzt. Dennoch wären bei einer Staatspleite vor allem italienische Bürger betroffen, die rund 50 Prozent der Staatsanleihen halten. Nicht von ungefähr transferierten zuletzt italienische Bürger bereits eine Milliarde Euro ins Ausland.

Populisten mit Wählerauftrag

Das populistische Regierungsbündnis wird gegenüber Brüssel und Berlin nicht einfach klein beigeben. Ähnlich wie US-Präsident Donald Trump fühlen sich Fünf Sterne und Lega nicht nur vom Wähler gestärkt, sondern auch an seinen Auftrag gebunden. Beide Parteien haben ihren Wahlkampf zu weiten Teilen mit Hetze gegen das „Euro-Diktat" aus Brüssel und Deutschland bestritten. Italien sei quasi systematisch in die Not geführt worden, so die Populisten. Auch ihr zweite großes Thema, die Flüchtlingsfrage, ist wegen der Wirtschaftslage besonders brisant: Stünde Italien ökonomisch besser da, wären die Populisten im Wahlkampf bei der Verknüpfung von Tatsachen und Demagogie nicht so erfolgreich gewesen. Tatsache ist zunächst, dass Italien erste Anlaufstation für Bootsflüchtlinge aus Afrika ist. Rom wirft Europa zu Recht vor, es hier im Stich zu lassen. Früher entlastete sich Italien, indem es etliche Flüchtlinge nach Norden weiterziehen ließ. Diese „Lösung" ist verbaut, seit Österreich 2016 die Brennergrenze schloss. Italien fühlt sich wie zu Beginn der Flüchtlingswelle 2014 allein gelassen. Doch die rund 100 000 Migranten, die im Jahr 2017 nach Italien kamen, sind gegenüber den deutschen Zahlen von 2015/2016 (1,8 Millionen) wenig beeindruckend. Dennoch ist die Stimmung gegen die Flüchtlinge gekippt. Das liegt zum einen daran, dass die große Mehrheit der aus Afrika kommenden Menschen eher Wirtschaftsmigranten als Schutzsuchende sind. Entsprechend niedrig ist die Asylanerkennungsquote. Doch die Zahl der Abschiebungen, die unter den sozialdemokratischen Regierungen von Matteo Renzi und Paolo Gentiloni erfolgten, war verschwindend gering. Die Populisten verknüpften diese Tatsachen im Wahlkampf demagogisch mit der hohen Jugendarbeitslosigkeit sowie der angeblich hohen Kriminalität unter den meist schwarzafrikanischen Migranten zu einer „erfolgreichen" Mixtur. Wäre es statt einem Regierungsbündnis zu Neuwahlen gekommen, hätte vor allem die Lega weitere Zugewinne erwarten können. Wie in anderen europäischen Ländern zahlen insbesondere die Sozialdemokaten die Zeche für eine sehr liberale Einwanderungspolitik. Ähnlich wie in Deutschland sind sie in Italien auf unter 20 Prozentpunkte geschrumpft. In Italien hatte bereits in den 1990er Jahren der Aufstieg des Medienunternehmers Silvio Berlusconi, der sich gegen ein in Routine erstarrtes politisches Establishment durchsetzte, die Blaupause für die aktuellen populistischen Bewegungen geliefert.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihr Finanzminister Olaf Scholz (SPD) wissen, dass es vor diesem Hintergrund wenig hilfreich wäre, Italien von außen Vorschriften zu machen. Sie können umgekehrt Italien keinen Freibrief für neue Schulden ausstellen. Sie versuchen es also mit Zuckerbrot und Peitsche. So bemerkte Merkel unlängst in einem Interview, Solidarität dürfe „nie in eine Schuldenunion münden". Gleichzeitig streckte sie die Hand aus und versprach: „Ich bin gerne bereit, mit der neuen italienischen Regierung darüber zu sprechen, wie mehr junge Menschen Arbeit finden können." Damit deutete sie die Möglichkeit von Investitionsprogrammen an. Scholz sekundierte einige Tage später mit Andeutungen über einen europäischen Fonds zur Arbeitslosensicherung, falls ein Land, so wie Italien, dies nicht alleine stemmen kann.

Bel paese? Das Schöne Land ist in Schwierigkeiten
duchy / shutterstock.com

Lange Verschuldungstradition

Doch ob diese relativ bescheidenen Maßnahmen Italiens Probleme wirklich lösen, muss bezweifelt werden. Das Land hat eine lange Verschuldungstradition. Bevor der Euro kam, reagierte die italienische Regierung auf Wettbewerbsnachteile regelmäßig mit Abwertung der Lira. Dieser Ausweg ist nun verbaut. Italien wurde seinerzeit nur in die Euro-Gemeinschaft aufgenommen, weil es unter dem linksliberalen Premier Romano Prodi die Verschuldungsquote auf die geforderten 120 Prozent des Bruttosozialprodukts (BIP) senkte. Trotz und wegen dieser Punktlandung warnte die Bundesbank davor, dass Italien ein Dauerrisiko sei. Zumal für die anderen Staaten 60 Prozent des BIP als Messlatte galten. In den Anfangsjahren des Euro profitierte Italien von den niedrigen Zinsen im Euro-Raum und konnte seine Staatsverschuldung sogar auf 100 Prozent des BIP drücken. In den letzten Jahren ging es dann wieder steil nach oben.

Auf allzu viel Mitleid der EU-Bürger im Norden darf Italien indes nicht hoffen. Denn das Privatvermögen seiner Bürger ist – wohl auch wegen der niedrigen Steuerquote und -moral – höher als in Deutschland und erst recht als in baltischen oder osteuropäischen Ländern. Hier fragen die Bürger, warum sie das gute Leben der Italiener finanzieren sollten. ■

Dieter Sattler leitet das Ressort Politik der Frankfurter Neuen Presse

Zukunftsbranche Medizintechnik

Von Jens Spudy

Health Care ist ein Zukunftsmarkt mit riesigem Potenzial – für Dienstleister, Industrie und nicht zuletzt für Anleger. Die Weltbevölkerung wird immer älter, chronische Krankheiten nehmen zu, in allen Industrieländern steigen die Ausgaben der Gesundheitssysteme und vermögende Patienten sind zunehmend bereit, mehr Geld für Diagnostik und Therapien zu investieren. Zugleich erweitern rasante Entwicklungen wie Big Data, künstliche Intelligenz, Nano-, Stammzell- und Gentechnologien die Möglichkeiten der Medizin in einem noch vor wenigen Jahren unvorstellbaren Ausmaß. Kein Wunder, dass auch Technologiekonzerne wie Apple, Alphabet oder Amazon kräftig in diesem Segment mitmischen.

Wer als Anleger an dieser Entwicklung partizipieren möchte, kann natürlich in einen ETF investieren, der zum Beispiel den MSCI World Health Care Index abbildet. Wie in den meisten Geschäftsfeldern sind für größere Vermögen aber Direktinvestitionen in innovative Unternehmen die spannendere Alternative. Hier bietet sich vor allem die Sparte Medizintechnik an, denn deren Entwicklungsrisiko ist im Vergleich zur Pharmaindustrie weit geringer.

Zudem ist die Medizintechnik schon lange ein Wachstumsmotor der Gesundheitswirtschaft, der durch die Digitalisierung nochmals deutlich an Kraft und Dynamik gewinnt: Apps, künstliche Intelligenz, Lasertechnik, Sensorik, Mixed Reality und Telemedizin vereinfachen den Alltag von Ärzten und Patienten und lassen die Grenzen zwischen Lifestyle und Medizin verschwimmen.

www.spudy.com

Goldgräberstimmung

Doch in der aktuellen Goldgräberstimmung aus der Vielzahl innovativer Startups zukunftsträchtige Investitionsmöglichkeiten zu filtern, ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Auch wenn der Medizintechniksektor durch die demografische Entwicklung sehr nachhaltig und relativ unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen ist, können gesundheitspolitische Entscheidungen über die Erstattungsfähigkeit bestimmter Therapien Massenmärkte über Nacht in Luft auflösen oder erst eröffnen. Auf sich allein gestellt können Investoren so leicht auf ein Abstellgleis geraten. Hier empfiehlt es sich, sowohl vor der Anlageentscheidung als auch beim laufenden Controlling der Investition den Rat von Experten aus Medizin, Gesundheitswirtschaft und -politik einzuholen. ■

Jens Spudy ist geschäftsführender Gesellschafter von Spudy Family Office GmbH

INNOVATION

Forschung als Diplomatie des Vertrauens

Deutsch-israelische Wissenschaftskooperation: eine Erfolgsgeschichte

Von Hartmut Bomhoff

Gemeinsames Forschen schafft Verbindungen: In Westdeutschland bereitete die Begegnung mit israelischen Wissenschaftlern bereits seit den 1950er Jahren den Boden für die spätere politische Annäherung. Als wir 2015 auf ein halbes Jahrhundert diplomatische Beziehungen zurückblickten, stand dabei der Wissenschaftsaustausch im Vordergrund. Der Rückblick brachte auch einige überraschende Fakten mit sich. So stellte die niedersächsische Volkswagenstiftung bereits 1963, also im zweiten Jahr ihres Bestehens, zwei Millionen Mark als Mittel für israelische Forschungseinrichtungen zur Verfügung. Die Förderung von Austauschprogrammen und bilateralen Projekten folgte. 1964 unterzeichneten dann die Minerva Stiftung (eine Tochter-Stiftung der Max-Planck Gesellschaft) und das Weizmann Institute of Science in Rehovot ein wegweisendes Kooperationsabkommen, unterstützt durch das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung. Für die Max-Planck-Gesellschaft unter der Leitung von Otto Hahn war die Annäherung an Israel in mehrfacher Hinsicht ein wichtiger symbolischer Schritt. Sie setzte sich damit auch von der Haltung ihrer Vorgängerinstitution ab, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die ihre jüdischen Mitglieder zur Zeit des Nationalsozialismus fallen gelassen hatte.

Manche Projekte ließen sich aber erst nach langer Zeit realisieren. So kam die Idee, die wissenschaftlichen Kontakte zur Hebräischen Universität in Jerusalem durch einen institutionellen Rahmen zu festigen, an der Freien Universität Berlin bereits 1957 auf. Es dauerte jedoch beinahe 30 Jahre, bis 1986 beide Universitäten ein offizielles Partnerschaftsabkommen unterschrieben. Im Februar 2015 machten sie mit einem besonderen Schritt auf sich aufmerksam: sie vergeben seitdem gemeinsame Doktortitel für Promovenden aller Fachrichtungen. „Die Beziehung ist nicht nur eine akademische Zusammenarbeit, sie ist eine strategische Partnerschaft, die auch weiterhin Hunderte von Wissenschaftlern und Studierenden zusammenbringen wird", stellte der damalige Präsident der Hebräischen Universität, Menahem Ben-Sasson, anläßlich der Unterzeichnung in Jerusalem fest.

Seit März 1980 wurde auch in der DDR ein Kultur- und Wissenschaftsaustausch mit Israel möglich. Tragende Verbindungen zwischen ostdeutschen Forschungseinrichtungen und israelischen Partnern sind aber erst in den letzten Jahren entstanden. Ein Beispiel dafür ist die enge Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Potsdam und Tel Aviv. Ende April vereinbarten die beiden Partner, ihre Kooperation beim Wissens- und Technologietransfer, in der Gründungsförderung und im Wissenschaftsmanagement zu intensivieren und neue Kontakte zu knüpfen. „Mit diesem institutionellen Brückenschlag verbinden wir zwei der dynamischsten Gründerregionen in Europa und im Nahen Osten", so der Potsdamer Universitätspräsident Oliver Günther. Neu sei die Idee, den Startups durch die Kooperation zusätzliche Marktpotenziale auf beiden Seiten zu eröffnen. Israel gehört zu den Schwerpunktregionen der Universität Potsdam. Bereits jetzt stehen die Universitäten in einem regen Austausch: „Es ist eine große Freude zu sehen, wie schnell sich Freundschaften und Kontakte entwickeln – auch durch den Austausch von Studierenden, Forschenden und Mitarbeitern aus der Verwaltung", sagt Günther.

„Die Beziehung ist nicht nur eine akademische Zusammenarbeit, sie ist eine strategische Partnerschaft

Weizmann Institute, Rehovot
Tamar Hayardeni / Wikimedia / (CC BY 3.0) / https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.de

Schwerpunkt Nanotechnologie

Auf Regierungsebene spielt die Wissenschaftskooperation ebenfalls eine besondere Rolle. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung arbeitet eng mit dem israelischen Ministerium für Wissenschaft, Technologie und Weltraum und dem Wirtschaftsministerium zusammen. Die Schwerpunkte dieser interministeriellen Kooperation liegen bei den Naturwissenschaften, den Meeres- und Geowissenschaften, der Biotechnologie, der Umweltforschung, der Material- und Nanoforschung, der Informations- und Kommunikationstechnologie, der Krebsforschung sowie den Wassertechnologien. 2009 wurde auch die zivile Sicherheitsforschung in diesen Katalog aufgenommen. Intensiviert hat sich in den vergangenen Jahren die Kooperation im Bereich der angewandten Nanotechnologie.

Was sind heute neben der besagten interministeriellen Forschungskooperation die Eckpfeiler der Programme, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt? Flaggschiff ist die Minerva-Stiftung. Sie hat bereits übers 900 israelischen Doktoranden und Postdocs ein Aufenthalt an einer deutschen Universität oder an einem Forschungsinstitut ermöglicht. Etwa ebenso viele deutsche Nachwuchswissenschaftler gingen nach Israel. Außerdem fördert die Stiftung mehr als 20 Minerva-Forschungszentren an israelischen Universitäten und dem Weizmann Institute of Science. Die Deutsch-Israelische Stiftung für Wissenschaftliche Forschung und Entwicklung (GIF) fördert seit 1986 deutsch-israelische Projekte der Grundlagen- und der angewandten Forschung. Das Programm der Deutsch-Israelischen Projektkooperation (DIP) dient der Förderung größerer, mehrjähriger Exzellenzvorhaben der deutsch-israelischen Zusammenarbeit; seit 2008 wird es von der Deutschen Forschungsgemeinschaft umgesetzt. Der Stiftungsfond Martin-Buber-Gesellschaft fördert die Zusammenarbeit deutscher und israelischer Forscher in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften an der Hebräischen Universität in Jerusalem.

Shamoon College of Engineering, Beer Sheva

Darüber hinaus sind eine Reihe staatlich geförderter Organisationen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), aber auch private Stiftungen wie die Volkswagen- und die Fritz Thyssen Stiftung an der Förderung der Zusammenarbeit aktiv beteiligt. Auch Deutschlands größte Wissenschaftsorganisation, die Helmholtz-Gemeinschaft, kooperiert mit einer ganzen Reihe israelischer Einrichtungen und will diesen Herbst ein Büro in Tel Aviv eröffnen: als Anlaufstelle für Partner aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

Bessere Lebensqualität

Das grundsätzliche Ziel dieser umfassenden Partnerschaft wurde bei den 6. Deutsch-Israelischen Regierungskonsultationen 2016 benannt: „Innovative Lösungen sind Triebkraft des Wohlstands und tragen zu einer besseren Lebensqualität bei. Gute Ideen, die zügig in innovativen Produkten und Dienstleistungen münden, stärken die Position Deutschlands und Israels als Industriestaaten. Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Technologie und Innovation sind dafür von entscheidender Bedeutung. Daher sind sich Deutschland und Israel einig, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Innovation auf bilateraler Ebene sowie innerhalb des EU Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" zu stärken und zu vertiefen."

Seit vergangenem Jahr geht die Kooperation ganz neue Wege: Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt hat am 31. Januar 2017 eine Kooperation mit der israelischen Raumfahrtagentur ISA vereinbart. Gegenstand ist die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Strahlungsschutzes für Astronauten. Bei dem für 2019 geplanten Testflug mit der „Orion"- Raumkapsel in Richtung Mond soll eine von der Firma StemRad entwickelte Strahlenschutzweste getestet werden. ■

TOURISMUS

Willkommen im Gelobten Land! – ברוכים הבאים

Von Carola Thiel

„Einfach fantastisch!", schwärmt Lisa. Die 27jährige Berlinerin ist frisch von ihrem ersten Aufenthalt in Israel zurück. „Sobald ich irgendwie kann, fahre ich wieder hin."

Nicht anders als Lisa erging es in 2017 den 3,6 Millionen Besuchern, die in das Gelobte Land reisten – ein Rekordjahr für Israel. 700 000 Besucher mehr als im Jahr zuvor kamen her, eine Steigerung von 25%. Der Tourismus ist eine wichtige Einnahmequelle – und „Chefsache": die dreimillionste Besucherin wurde am Ben-Gurion-Flughafen in Tel Aviv mit rotem Teppich, Luftballons und Blumen empfangen. In Jerusalem wartete Ministerpräsident Benjamin Netanyahu persönlich mit einer Stadtführung auf. Gastlichkeit hat hier seit jeher Tradition: *Bruchim h'baim*!

Dass Israel ein Touristenmagnet ist, liegt auf der Hand. Wo sonst auf der Welt kann man auf solch kleinem Raum eine derartige Vielfalt entdecken und erleben? Das winzige Land ist mit seinen 22.000 Quadratkilometern gerade einmal so groß wie das Bundesland Hessen. Doch Israel beherbergt eine Vielzahl von Stätten, die den drei monotheistischen Weltreligionen heilig sind – mitunter gibt es sogar „Eine für Alle", etwa den Tempelberg in Jerusalem oder – jenseits der Grünen Linie – das Grab der Patriarchen in Hebron. Die Vielfalt der Landschaft ist beeindruckend: Von weißen Sandstränden bis zu sanften grünen Hügeln, von karger Wüste bis zu schneebedeckten Bergen, von angesagten Techno-Clubs bis zu stillen Pfaden und Wasserfällen... Und der Himmel darüber zeigt an den allermeisten Tagen des Jahres sein strahlendes Blau und Sonnenschein.

Wer sich für Altertümer interessiert, gar an Ausgrabungen teilnehmen möchte, ist hier ebenso richtig wie der Sportfreak (eine Leidenschaft, die die meisten Israelis teilen); wen es ganz nach unten zieht, hin an den tiefsten Punkt der Erde, der wird ans Tote Meer reisen (-411 Meter!) und sich dort der Schwerelosigkeit hingeben. Hoch hinaus hingegen geht es auf dem Hermon-Gebirge im Norden. Wer sich im Partymodus befindet, macht in Tel Aviv die Nacht zum Tage, wer Kontemplation sucht, wird Ruhe an den Ufern des Sees Genezareth, in der Oase von Ein Gedi oder am „Großen Krater" bei Mizpe Ramon in der Negev-Wüste finden. Vogelfreunden sei ein Besuch des Hula-Tals im Norden des Landes ans Herz gelegt – nirgendwo sonst kann man einer solchen Vielzahl an Zugvögeln aus nächster Nähe zuschauen wie hier.

Bauhaus-Erbe in Tel Aviv
Octavio Ruiz Cervera / 4535427188_b3a7e6f00_o / Flickr / (CC BY-SA 2.0) / https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/
JVG

Schwerelos am tiefsten Punkt der Erde: ein Bad im Toten Meer

Und dann: die Heilige Stadt, die Stadt aus Gold – Jerusalem. Auf dem Weg durch die Gassen und Gässchen der Altstadt sollte der Besucher die Schritte zum Österreichischen Hospiz lenken. Das edle Bauwerk, bis zum heutigen Tag ein Pilgerhospiz, überrascht im lauschigen Garten und im Restaurant mit Wiener Kaffeehausatmosphäre und einem kulinarischen „Crossover" von österreichischen Schmankerln und landesüblichen Spezialitäten. Gestärkt geht es dann vorbei an Portraits von Sisi und ihrem Franz Joseph – der Monarch hatte übrigens 1869 hoch zu Kamel der Einweihung des Suez-Kanals beigewohnt und als „König von Jerusalem" auch die Stadt besucht – die Treppen hinauf zur Dachterrasse. Von dort eröffnet sich ein überwältigender Blick über die Altstadt: Synagogenkuppeln, Minarette, Kirchtürme, bunte Dächer mit Wäscheleinen, Satellitenschüsseln und Wassertanks. Mit Glück kann man gleichzeitig das Rufen des Muezzins und Glockengeläut hören – schlicht überwältigend.

Weltkulturerbe

Gerade einmal sechzig Kilometer entfernt von so viel Heiligkeit befindet sich die Weiße Stadt. Tel Aviv, kaum mehr 100 Jahre alt, strotzt vor Lebenslust und Entertainment: Die israelische Stadt, „die niemals schläft". Auf dem gerade eröffneten Independence-Trail durch Süd-Tel Aviv lässt sich die Geschichte der Staatsgründung im wahrsten Sinne des Wortes begehen. Bauhaus-Architektur – oder Internationaler Style, wie er hier genannt wird – lockt allenthalben, die 4000 dafür typischen Gebäude der Mittelmeermetropole sind seit 2003 Teil des Weltkulturerbes.

Für jeden Geldbeutel sind Übernachtungsmöglichkeiten vorhanden. Angefangen beim exklusivsten Hotel wie dem King David in Jerusalem, das mit seinem historischen Ambiente bezaubert und Staatsgäste aus aller Welt beherbergt. Sollte eine Übernachtung das Budget sprengen, dann sei ein Tee auf der Terrasse mit dem wunderbaren Blick auf die Mauern der Altstadt empfohlen. Allemal preiswerter kann man sein müdes Haupt in einem der zahlreichen *Zimmerim* – die Herkunft der Bezeichnung bedarf keiner Erklärung – betten, in Privatunterkünften, die sich überall im Land finden. Oder in den Gästehäusern der (ehemaligen) Kibbuzim. Für eine Wüstennacht empfehlen sich Holz- oder Lehmhütten, Blick in den Sternenhimmel im Preis inbegriffen. Israel verfügt nur über wenige natürliche Ressourcen, so dass man um sie mehr auf sie achtgeben muss: Öko-Tourismus wird hier großgeschrieben.

Wie es sich für das Land gehört, in dem Milch und Honig fließen, ist das Essen in Israel ein wahrer Genuss. Auf keinen Fall versäumen sollte man einen Besuch auf den Märkten Mahane Yehuda Markt in Jerusalem und dem Shouk ha Carmel in Tel Aviv. Restaurants locken mit innovativer Küche – und dem Duft der Falafel- und Schwarma-Stände an den Straßenecken ist sowieso schwer zu widerstehen.

Verlockendes Angebot auf dem Markt
Noam Chen Israeli Ministry of Tourism

Von Akko bis Beer Sheva – im Heiligen Land kommt man gut herum. Die öffentlichen Verkehrsmittel, seien es Überlandbusse, Züge, oder die berühmten Sammeltaxis, *Sheruth* genannt, sind bequem, schnell und preiswert.

Israel ist ein Land voller Geschichten. Und die Israelis erzählen gern. Von der Großmutter aus Deutschland, dem Onkel aus Ungarn, der Tante aus Algier, dem Großvater aus Russland oder dem Schwiegersohn aus Amerika. Israelis sind meinungsstark. Vornehme Zurückhaltung, ein „vielleicht-mag sein-wenn nicht, dann..." gehört nicht zum Konversationsregister der Menschen zwischen Rosh haNikra im Norden und Eilat im Süden.

Und das macht jedes Gespräch, das man schnell und überall anknüpfen kann, zu einem erfrischenden Erlebnis. Die Hilfsbereitschaft im Lande ist herzerwärmend. Bleibt man mit dem Auto am Straßenrand liegen, sind sofort helfende Hände – und unterschiedliche Meinungen – zur Stelle. Am Strand wird mit dem bleichen Besucher aus Europa gleich die Sonnencreme geteilt. Und er wird ermahnt, genug Wasser zu sich zu nehmen.

Kinder. Kinder allenthalben. Israel ist ein junges Land. Seine Geburtenrate ist die höchste unter den OECD-Ländern. Reisen mit Kindern ist hier kein Stress, sondern ein Vergnügen.

Guckt man sich im Flugzeug auf dem Weg nach Tel Aviv um, weiß man, dass das Land alle anzieht. Christliche Pilger sitzen neben rastabelockten Rucksackreisenden, Businesspeople und IT-Nerds neben jungen Familien, fromme Gottesmenschen neben Party-Freaks. Und in vier Stunden ist man schon da!

Israel ist kein preiswertes Urlaubsland. Aber jeden Schekel wert! Lisa hat jedenfalls schon mit dem Sparen für ihren nächsten Besuch im Gelobten Land begonnen. ■

ZEITGESCHICHTE

Das jüdische Schloss am Meer

Eine Nachwenderuine: Die Villa Hausmann in Kühlungsborn

Leo Baeck Institute New York | Berlin

Von Hartmut Bomhoff

Ein Schnappschuss zeigt Rabbiner Leo Baeck zusammen mit Professor Ismar Elbogen in einem Strandkorb. Die Bildunterschrift dazu lautet „Arendsee 1932". Arendsee? Das Ostseebad wurde am 1. April 1938 mit seinen Nachbarorten Fulgen und Brunshaupten zur Stadt Kühlungsborn vereint. „Wahrlich, es ist ein Jungborn, aus dem Kühlung, Erfrischung und Erholung sprießen", hieß es bei der Verleihung des Stadtrechts durch die Nationalsozialisten.

Ein Bericht im *Bayerischen Israelitischen Familienblatt* vom Sommer 1931 erklärt, was es mit Baecks Aufenthalt in Arendsee auf sich hat. Am 28. Juni 1931 hatte er hier das Erholungsheim der Hausmann-Stiftung eröffnet. Die Villa war der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums von der kinderlosen Margarete Hausmann (1863-1929) zusammen mit weiteren Immobilien in Berlin vermacht worden. Der mecklenburgische Landesrabbiner Siegfried Silberstein verglich das Heim damals mit dem biblischen Mirjamsbrunnen: „Hier mögen die im Kampfe des Lebens angespannten und verzehrten körperlichen und geistigen Kräfte Entspannung und Verjüngung finden, seelische Überwindung des Alltagslebens, Erhebung und ideale Förderung." Dazu gehörten koschere Küche und regelmäßige Schabbatgottesdienste.

Die Villa wurde 1910-12 für 2,5 Millionen Goldmark als Wohnhaus für den Berliner Rechtsanwalt und Notar Justizrat Wilhelm Hausmann (1856-1921) und seine Ehefrau errichtet. Sie ist nach Auskunft von Alexander Schacht von der Denkmalschutzbehörde in Bad Doberan das Hauptwerk eines der renommiertesten mecklenburgischen Architekten des frühen 20. Jahrhunderts: Alfred Krause (1866-1930). „Stilistisch ist die Villa dem Neobarock zuzuordnen, wobei sie in den Details, in den verwendeten Materialien und hinsichtlich ihrer technischen Ausstattung den damals modernsten Stand der Bautechnik repräsentierte."

Das Erholungsheim, das von Frau Sanitätsrat Dr. Herta Marcuse geleitet wurde, hatte 1931 bereits 104 Gäste. „Der Preis für volle Pension mit bester Verpflegung (rituell) beträgt täglich RM 5". Um möglichst viele Besucher unterbringen zu können, erwarb die Hochschule auch die dem großen Park gegenüberliegende Villa Horn mit 40 neuzeitlich eingerichteten Zimmern; im Haupthaus befanden sich die Aufenthalts- und Gesellschaftsräume mit Blick aufs Meer. Die Idylle währte nicht lange. Am 7. Juli 1935 verkündete der *Niederdeutsche Beobachter*: „Arendsee wird judenrein". In der Nacht vom 20. auf den 21. Juli wurden die Fensterscheiben des Hauses der Hausmann-Stiftung zertrümmert.

Irene Jacob, geborene Löwenthal, die 2012 in Pittsburgh verstarb, berichtete: „There were signs when we reached the seaside that Jews were not welcome." Die gebürtige Hamburgerin war damals sieben Jahre alt. Sie erinnerte sich an die Gesellschaftsräume der Villa und daran, dass sie selbst im Nachbargebäude schliefen. An diesem Abend waren die Kinder früh zu Bett gegangen. „Dann kamen die Nazis. Wir konnten weglaufen, und unserer Mutter gelang es, uns zum Bahnhof zu bringen."

Heute gehört das „Schloss am Meer" trotz Leerstand und allmählichem Verfall noch immer zu den repräsentativen Bauten an der Promenade von Kühlungsborn-West. Die Villa Baltic „ist sowohl in historischer als auch in künstlerischer sowie in städtebaulicher Hinsicht ein herausragendes, Ortsbild prägendes Bauwerk", konstatiert Alexander Schacht. „An ihrer Erhaltung und sinnvollen Nutzung besteht daher ein großes öffentliches Interesse."

Alexander Schacht

Das Speisezimmer im Jahr 1912

Erholungsheim in der DDR

Das „Schloss am Meer" erzählt deutsche Geschichte. Engagierten Autoren wie dem Denkmalschützer Alexander Schacht, dem Heimatforscher Jürgen Jahncke und dem *FAZ*-Redakteur Axel Wermelskirchen ist es gelungen, die Geschichte des Hauses zu rekonstruieren, das 1935 durch die Nationalsozialisten enteignet und der „Goebbels-Stiftung für Bühnenschaffende in der Reichstheaterkammer" überlassen wurde.

Der Betreiber Alfred Brendel schrieb am 24. November 1938 über die umfangreiche Hausbibliothek: „Auf dem Boden in der alten Bettenkammer haben wir ungefähr anderthalb Zentner richtiggehende Judenschwarten liegen, sollen die noch aufbewahrt werden oder der Schule zur Altwarenverwertung übergeben? Auch alte Bilderrahmen mit den Photos von den Gaunern, die dieses Schloss erbaut, kurzum alle solche Sachen, die in unsere Weltgeschichte nicht mehr passen." Dazu die handschriftliche Randbemerkung: „Rahmen aufbewahren, Photos vernichten." Am 28. Mai 1940 brüstete sich der Geschäftsführer der Goebbels-Stiftung, Ludwig Körner, damit, das „Objekt Kühlungsborn für einen Kaufpreis von sage und schreibe RM 20.000 erworben [zu haben], das einen Wert von RM 1.500.000 repräsentiert."

JVG

1945 soll die Villa von russischen Soldaten geplündert worden sein. Sie wird zunächst der Jüdischen Landesgemeinde Mecklenburg zugesprochen und ist 1949 dann Eigentum der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken. In der DDR wird das Haus zum „Kurt-Bürger-Erholungsheim" des FDGB und für Werktätige umgebaut und 1972 mit der neuen Kühlungsborner Meerwasserschwimmhalle verbunden. Als „Villa Baltic" gehört das Anwesen mit Restaurant und Nachtbar nun zu den Vorzeigeobjekten des Ferienortes.

Lückenhafte Erinnerung

Seit der Wende sind die Bauschäden infolge von Leerstand und Vandalismus erheblich gestiegen. Dass das Objekt 2003 verkauft wurde, machte die Lage nicht besser. Der Investor aus Chemnitz vermochte seine Pläne nie umzusetzen; aus dem angestrebten Hotel und Wellnesstempel wurde nichts. 2009 wurde die Villa Baltic nach langwierigen Verhandlungen an einen Cottbusser Augenarzt verkauft, der das schönste Gebäude Kühlungsborns denkmalgerecht sanieren wollte. Auch daraus ist bislang nichts geworden. Dennoch: „Die Villa", so Schacht, „ist in ihrer Grundsubstanz erhalten; die sehr aufwendig gestalteten Fassaden sind nur geringfügig verändert worden, und auch im Innern haben sich die Grundrisse wertvoller Gesellschafträume und Teile ihrer Ausstattung erhalten."

Die Voraussage des *Hamburger Israelitischen Familienblatts*, dass sich „in diesem Schlosse also seit dem Jahre 1931 allsommerlich ein neues Stück jüdischen Lebens in Deutschland abspielen" wird, hat sich nicht erfüllt. Geblieben sind nicht viel mehr als ein Ordner im Archiv des Leo Baeck Institute in New York und historische Fotos im Haus Rolle, der Kühlungsborner Heimatstube. Den Urlaubern auf der Strandpromenade gibt weder eine Gedenk- noch eine Informationstafel Auskunft über die früheren jüdischen Eigentümer und Gäste.

Fragt man Einwohner nach der Vergangenheit des Schlosses am Meer, so ist lediglich von Goebbels die Rede. Dabei bietet es sich doch an, das Stück Strandpromenade zwischen Haus und Meer, das jetzt den eher beliebigen Namen „Baltic-Platz" trägt, endlich nach der Familie Hausmann zu benennen. ■

Im Berliner AvivA-Verlag ist gerade ein Buch von Kristine von Soden zum Thema erschienen: 'Ob die Möwen manchmal an mich denken?' Die Vertreibung jüdischer Badegäste an der Ostsee

Gegen das Vergessen

Claims Conference hilft bedürftigen Schoa-Überlebenden

Claims Conference (2)

Gesprächsrunde mit Schoa-Überlebenden im AMCHA-Zentrum in Jerusalem

Von Rüdiger Mahlo

Leah S. sitzt an einem kleinen Holztisch im Wohnzimmer ihrer Souterrainwohnung in Tel Aviv. „Brot ist Leben", wiederholt sie wie ein Mantra, „Brot ist Leben". Seit ihrer Befreiung aus dem Konzentrationslager Auschwitz bewahrt sie mindestens drei Brotlaibe zu Hause auf. An diesem sonnigen Februarmorgen begleite ich Keren, eine Partneragentur der Claims Conference, zu einem Hausbesuch bei der betagten Überlebenden. Leah S. stammt aus der Tschechoslowakei und ist nach ihrer Befreiung über Ungarn nach Israel ausgewandert. Ihr Mann, ebenfalls ein Überlebender der Schoa, war vom Erlebten so gezeichnet, dass er nicht mehr imstande war, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Leah hat die fünfköpfige Familie als Putzfrau über Wasser gehalten. Ihre Familie konnte immer auf sie zählen; heute kann die 94-Jährige körperlich und finanziell nicht mehr für sich selbst sorgen. Sie erhält Pflegestunden von der staatlichen israelischen Krankenversicherung Bituach Leumi, die von der Claims Conference um weitere neun Wochenstunden aufgestockt werden. Leah ist bei weitem kein Einzelfall. Nahezu 40 Prozent der Überlebenden weltweit leben unterhalb der Armutsgrenze ihres jeweiligen Wohnlandes.

> „Ein langer Kampf um historische Wahrheiten und die Abmilderung von Ungerechtigkeiten

In den vergangenen Jahren hat die israelische Regierung viel darangesetzt, die Situation der Überlebenden in Israel zu verbessern. Doch die von den Krankenkassen bewilligten Pflegestunden greifen in vielen Fällen zu kurz. Mit zusätzlichen Betreuungsstunden, die von der Claims Conference getragen werden, kann die Versorgungssituation spürbar verbessert werden. Neben den Geldern der Claims Conference Nachfolgeorganisation stellt auch die deutsche Regierung hierfür Gelder zur Verfügung. Doch trotz dieser gemeinsamen Anstrengung des Staates Israel, Deutschlands und der Claims Conference ist der Bedarf an häuslicher und medizinischer Betreuung unter den Überlebenden bei weitem nicht gedeckt.

Mentalität der Verdrängung

Viele werden überrascht sein zu erfahren, dass heute, mehr als 70 Jahre nach der Befreiung, allein in Israel noch schätzungsweise 180.000 Menschen leben, die die Schoa überlebt haben. Sie sind teils während, vor allem jedoch nach dem Holocaust nach Israel eingewandert. Damit wird auch in naher Zukunft die Aufgabe der Claims Conference, ein kleines Maß an Gerechtigkeit für die Überlebenden der Schoa zu schaffen, noch nicht beendet sein.

Die Geschichte der Entschädigung und Rehabilitierung der Opfer des Nationalsozialismus war ein langer Kampf um historische Wahrheiten und Abmilderung von Ungerechtigkeiten. Man kann die NS-Geschichte nicht auf die zwölf Jahre der faktischen Diktatur reduzieren; das gilt insbesondere für die Geschichte des Unrechts gegenüber den Verfolgten auch nach der Befreiung. Es gab eine Kontinuität der Mentalität, die Unrecht nicht sehen wollte oder es verdrängte. Gerade in Israel gab es jedoch auch Stimmen, die das deutsche „Blutgeld" nicht annehmen wollten. Die, die sich dennoch dazu entschlossen, mussten sich oft erniedrigenden Untersuchungs- und Befragungsverfahren unterziehen.

Immer mehr Hilfesuchende

Angesichts der Vielzahl von Überlebenden in Israel engagiert sich die Claims Conference hier in besonderer Weise. Allein 2017 hat die Claims 21.000 Überlebenden in Israel eine laufende Entschädigungsrente gezahlt. Zudem finanzieren wir Projekte wie Suppenküchen für Überlebende, fördern Institutionen, die sich der Hilfe für die Überlebenden in materieller und psychosozialer Form widmen oder renovieren und bauen Einrichtungen altersgerecht aus.

Auch Traumata können als eine Form von Kontinuität beschrieben werden, die Überlebende von extremen Verfolgungs- und Gewalterfahrungen bis heute prägen und oft belastend auf die Gegenwart einwirken. Vor allem im Alter, wenn soziale Brücken wie die Familie, Freunde oder der Berufsalltag wegbrechen, werden die traumatisierenden Erfahrungen zur Belastung. Zwi Steinitz, der Auschwitz-Birkenau, Buchenwald und Sachsenhausen überlebte, sagte einmal: „Nach außen war ich frei, doch innerlich, in meiner Seele, fühlte ich mich wirklich befreit?" Heute lebt er in Tel Aviv und nimmt die psychosoziale Hilfe von AMCHA in Anspruch, eine unserer Partnerorganisationen in Israel. Mit etwa 20.000 Menschen, die in Psychotherapien, sozialen Aktivitäten und durch Hausbesuche Unterstützung erhalten, hat sich die Zahl der hilfesuchenden Überlebenden bei AMCHA in den letzten zehn Jahren verdoppelt. In Verhandlungen mit der Bundesregierung trägt die Claims die besonders schwierige Lebenssituation der Holocaust-Überlebenden immer wieder vor, und Vieles konnte erreicht werden. So sind die Mittel für die häusliche Betreuung von Überlebenden in den vergangenen Jahren immer wieder erhöht worden. Doch die immer älter werdende Gruppe der Überlebenden hat mit zunehmendem Alter wachsenden Betreuungsbedarf. 2017 hat unsere Hilfe im Bereich der häuslichen Betreuung rund 35.000 Überlebende der Schoa in Israel erreicht. Heute lebt etwa ein Drittel aller Schoa-Überlebenden in Israel. Zahlen des israelischen Statistikbüros zufolge werden im Jahr 2035 noch etwa 26.000 Holocaust-Überlebende am Leben sein. Auch sie müssen auf unsere Unterstützung zählen können.

Wichtig für Überlebende in Israel und weltweit ist die Frage, wie sich nach ihrem Ableben die Welt an den Holocaust erinnern wird. Angesichts sich stark verändernder Gesellschaften in Europa haben viele Überlebende die Befürchtung, dass künftig die Geschichte des Holocausts verzerrt oder geleugnet wird. Daher wird die Holocaust-Bildungs- und Erinnerungsarbeit der Claims künftig eine größere Rolle spielen. ■

Rüdiger Mahlo ist Deutschland-Repräsentant der Conference on Jewish Material Claims Against Germany

ENTSCHÄDIGUNG

Die Flügel der Weltgeschichte

Wie Nahum Goldmann und Konrad Adenauer das Luxemburger Abkommen von 1952 zustande brachten

Von Dieter Sattler

Singuläre Persönlichkeiten spielen in der Geschichte gelegentlich eine entscheidende Rolle. Etwa Konrad Adenauer, David Ben-Gurion und Nahum Goldmann. Nach der Gründung Israels 1948 herrschte im jüdischen Staat bittere Not. KZ-Überlebende und jüdische Flüchtlinge aus den arabischen Staaten fluteten ins Land. So kam das Ansinnen nach materieller deutscher Entschädigung auf. Dieses Bestreben wurde von vielen Überlebenden, die nie mehr etwas mit den „deutschen Mördern" zu tun haben wollten, leidenschaftlich abgelehnt.

Um die Existenz des Landes zu sichern, sah sich die israelische Regierung unter David Ben-Gurion gezwungen, Deutschland Verhandlungsbereitschaft zu signalisieren. Das war in Israel höchst umstritten. Die Opposition um den Vorsitzenden der Cherut-Partei, Menachem Begin, lehnte „Blutzoll"-Verhandlungen mit Deutschland vehement ab. Doch Ben-Gurion sah keine Alternative. Sein Außenminister Moshe Sharett beschrieb das Dilemma: „Zwei widersprüchliche Forderungen stehen in der Öffentlichkeit nebeneinander. Die eine besagt: Keine Verhandlungen, totaler Boykott. Die andere besagt: Fordert Wiedergutmachungen von den Deutschen. Beide Forderungen können jedoch nicht (zugleich) verwirklicht werden: Wir können keine Wiedergutmachungszahlungen erhalten, wenn wir nicht mit ihnen verhandeln."

StateofIsrael / Flickr / 8115445913_144d6320c5_o / (CC BY-SA 2.0) / https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/

Der Hafen von Haifa war ein wichtiger Umschlagplatz für Sachleistungen im Rahmen der deutschen Reparationen

Public Domain

Juden aus dem Jemen flüchten nach Israel (1949/50)

Schließlich entschied sich die Regierung für Gespräche mit der 1949 gegründeten Bundesrepublik. Israel forderte allerdings, dass Deutschland zuvor öffentlich ein positives Zeichen senden solle. Konrad Adenauer war dazu bereit. Bereits 1949, kurz nach seinem Amtsantritt, hatte er gegenüber der *Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland* erklärt, das deutsche Volk sei entschlossen, für die in seinem Namen begangenen Verbrechen zu sühnen und Entschädigung zu leisten. Allerdings hatte Adenauer hierbei nur an 10 Millionen Mark für Israel gedacht, wo damals rund 800 000 Menschen lebten. Diese Summe wurde in Israel als beleidigend gering empfunden, da allein der direkte materielle Schaden der Juden rund 4,5 Milliarden Dollar betrug. Da diese Summe realistischerweise von Deutschland nicht aufgebracht werden könnte, bezifferte die israelische Regierung Anfang 1951 die Forderung gegenüber Deutschland in einer Note an die Alliierten auf 1,5 Milliarden Dollar. Ein Drittel davon sollte die DDR bezahlen. Doch diese reagierte nicht auf die Forderung. Der selbst ernannte Arbeiter- und Bauernstaat fühlte sich nicht verantwortlich für die vom Nazi-Staat verübten Gräueltaten. Mit der Bundesrepublik hingegen blieb Israel im Gespräch. Der Kontakt lief vor allem über Noah Barou, Vorsitzender der Europa-Sektion des Jüdischen Weltkongresses.

Bundesarchiv, B 145 Bild-P092350 / CC-BY-SA 3.0 / https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en

Aufrichtiger Wille

Am 27. September 1951 kam das von Israel geforderte Zeichen des guten Willens aus Deutschland. Bundeskanzler Adenauer erklärte im Bundestag: „Im Namen des deutschen Volkes sind unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten. Die Bundesregierung ist bereit, gemeinsam mit Vertretern des Judentums und des Staates Israel, der so viele heimatlose jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat, eine Lösung des materiellen Wiedergutmachungsproblems herbeizuführen, um damit den Weg zur seelischen Bereinigung unendlichen Leides zu erleichtern."

Um konkrete Verhandlungen in Gang zu bringen, traf Adenauer am 6. Dezember 1951 in London zu einem geheimen Gespräch mit Nahum Goldmann zusammen. Goldmann war Präsident des Jüdischen Weltkongresses und Vorsitzender der von ihm 1951 gegründeten Jewish Claims Conference, die die Ansprüche der Diaspora-Juden vertrat. Er war von Ben-Gurion gebeten worden, Adenauer auf eine Entschädigung von einer Milliarde Dollar, damals 4,2 Milliarden D-Mark, als Verhandlungsbasis festzulegen. Als Goldmann Adenauer diese Summe nannte und erklärte, dass die Höhe der Entschädigung in einem symbolischen Größenverhältnis zum verübten Unrecht stehen müsse, soll Adenauer akzeptiert und geantwortet haben: „Herr Goldmann, diejenigen, die mich kennen, wissen, dass ich ein Mann karger Worte bin und große Phrasen hasse. Sie werden es darum zu würdigen wissen, wenn ich Ihnen sage, dass ich, während Sie gesprochen haben, die Flügel der Weltgeschichte in diesem Raum gespürt habe. Mein Wille zur Wiedergutmachung ist aufrichtig."

Adenauer empfand die moralische Verpflichtung. Er wusste aber auch, dass die Entschädigung Deutschland verlorenen moralischen Kredit zurückgeben und damit bei der Rückkehr in die wirtschaftliche Weltgemeinschaft helfen könne.

Ben-Gurion gelang es, den Beschluss zur Verhandlungsaufnahme am 9. Januar 1952 mit knapper Mehrheit durch die Knesset zu bringen. Während der vorangehenden Debatten kam es vor dem Parlament zu leidenschaftlichen Protesten und heftigen Zusammenstößen, die durch die Gebäudemauern zu hören waren.

Goldmann, Dayan, Adenauer, Ben-Gurion

Die Gespräche wurden am 21. März 1952 in Wassenaar bei Den Haag aufgenommen. Die deutschen Verhandlungsführer waren der Frankfurter Universitätsdekan Franz Böhm als Leiter und der baden-württembergische Jurist Otto Küster als sein Stellvertreter – zwei lautere Persönlichkeiten, die dem Dritten Reich ähnlich wie Adenauer widerstanden hatten. In Wassenaar sollten die beiden die jüdischen Forderungen entgegennehmen – und Zeit gewinnen. Denn parallel wurde bei der Londoner Schuldenkonferenz über die deutschen Vor- und Nachkriegsschulden verhandelt. Das Ergebnis sollte abgewartet werden, um abzuschätzen, was für Deutschland danach finanziell noch möglich wäre. Denn selbst in der Bundesregierung wurde die israelische Forderung, obwohl von Adenauer als Verhandlungsbasis akzeptiert, als zu hoch empfunden. Der Kanzler wiederum hatte am 27. September 1951 im Bundestag erklärt, es müssten bei der Wiedergutmachung „auch die Grenzen berücksichtigt werden, die der deutschen Leistungsfähigkeit durch die bittere Notwendigkeit der zahllosen Kriegsopfer und der Fürsorge für die Flüchtlinge und Vertriebenen gezogen sind."

Das Kalkül vor allem des deutschen Finanzministers, Fritz Schäffer (CSU), und dessen Londoner Verhandlungsführers, Hermann Josef Abs, war es, durch Verknüpfung beider Verhandlungen die Kosten für Deutschland zu senken. Wie Adenauer-Biograph Klaus-Peter Schwarz später schrieb, wollte Deutschland in London den kommerziellen Kredit und in Den Haag den moralischen Kredit wiederherstellen. Beides passte nicht unbedingt zusammen – ähnlich wie umgekehrt in Israel.

Als Verhandlungsführer Böhm mit einer Entschädigungssumme von drei Milliarden D-Mark aus den Gesprächen kam, also sogar weniger als die von Adenauer akzeptierte Verhandlungsbasis, bremsten Abs und Schäffer erneut. Ersterer verwies auf die deutsche Finanzlage, Schäffer auf Meinungsumfragen, in denen es kaum Unterstützung für die ausgehandelte Entschädigungssumme gab. Der spätere Deutsche Bank-Chef Abs, der während der Nazi-Zeit im Vorstand der Deutschen Bank gesessen und bei der sogenannten „Arisierung" jüdischen Vermögens mitgewirkt hatte, machte ein geiziges Angebot: Er wollte die Verhandlungen in Wassenaar aussetzen; zur Überbrückung sollte Israel für drei Jahre jeweils 100 bis 200 Millionen Mark erhalten. Israel reagierte empört. Es sei unmoralisch, wenn die Täter besser lebten als ihre Opfer, hieß es in Zion.

Angesichts des wachsenden internationalen Drucks sah Adenauer sein Ansinnen, Deutschland in der Welt zu rehabilitieren, in Gefahr. Er ließ sich von seinem Verhandlungsführer Böhm, der angesichts des drohenden Scheiterns von Wassenaar vor der Presse seinen Rücktritt angekündigt hatte, überzeugen, den moralischen Verpflichtungen nachzukommen. Lucius D. Clay, bis 1949 US-Militärbevollmächtigter der deutschen Besatzungszone, bemerkte am 21. Mai 1952: „Die Deutschen erkannten die mögliche nachteilige Wirkung des Verdachts auf die USA und die Weltmeinung, dass die Bundesregierung nicht bereit sei, Verbrechen der Vergangenheit zu sühnen."

Am 10. September 1952 wurde das „Luxemburger Abkommen" von Adenauer, Israels Außenminister Sharett und Goldmann (für die Claims Conference) unterzeichnet. Darin verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland, dem Staat Israel innerhalb von 12 bis 14 Jahren einen Betrag von drei Milliarden D-Mark in Waren zu leisten. Auch sollten 450 Millionen Dollar zugunsten der Claims Conference zur Unterstützung, Eingliederung und Ansiedlung außerhalb Israels lebender jüdischer Flüchtlinge dienen.

Konjunkturprogramm

Mit der Vertragsunterzeichnung in Luxemburg war das Abkommen, in dem Deutschland die jüdische Seite um 500 Millionen Mark heruntergehandelt hatte, noch nicht besiegelt. Adenauer musste es noch durch Kabinett und Parlament bringen. In der Regierung dominierte Adenauer. Doch im Bundestag wäre das Abkommen fast gescheitert. In Adenauers CDU- und CSU-Fraktion sowie bei den Koalitionspartnern FDP und Deutsche Partei gab es viele Nein-Stimmen. Es war die SPD, die am 18. März 1953 geschlossen zustimmte und damit das Abkommen rettete. Sozialdemokraten hatten 1933 unter Fraktionschef Otto Wels geschlossen gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt und waren jetzt geschlossen für ein Abkommen, das Deutschland half, seinen Ruf in der Welt wiederherzustellen. Und die deutsche Wirtschaft ankurbelte. Denn für die drei Milliarden D-Mark wurden Waren und Transportmittel an Israel geliefert. Entsprechende Anschlussaufträge waren ein Konjunkturprogramm für deutsche Unternehmen.

Die kleinlichen Bedenken, Deutschland könne die Verpflichtungen nie erfüllen, wurden durch das einsetzende Wirtschaftswunder, zu dem das Abkommen einen Beitrag leistete, zerstreut. Letztlich war Adenauers Kalkül, dem es jenseits moralischer Antriebskräfte auch um politisches Ansehen und die Wirtschaft gegangen war, aufgegangen.

Auch Ben-Gurion war zufrieden. 1952 schrieb er in einem Brief an Goldmann: „Zum ersten Mal in der Geschichte des jüdischen Volkes, das jahrhundertelang unterdrückt und ausgebeutet wurde ... muss der Unterdrücker und Ausbeuter etwas von seiner Beute zurückgeben und eine kollektive Entschädigung für einen Teil der materiellen Verluste zahlen."

Ben-Gurion lobte auch ausdrücklich seinen Geheimverhandler Goldmann: „Wir beide durften zwei Wunder erleben, die Gründung des Staates Israel und das Abkommen mit den Deutschen. Für ersteres war ich maßgeblich verantwortlich, für letzteres du. Es gibt aber einen gravierenden Unterschied: An das erste Wunder habe ich geglaubt, an das zweite nicht."

Mit dem in Frankfurt aufgewachsenen Goldmann hatte ein Mensch Weltpolitik geschrieben, der ohne die Nazi-Barbarei ein Schöngeist geworden wäre. Er sagte einmal von sich selbst: „Ich bin ein Anarchist, ein Bonvivant. Für mich war das Leben immer wichtiger als die Arbeit, die Musik schöner als die Politik." Wichtiger als aller politischer Erfolg sei es, „mit einem Mädchen spazieren zu gehen, in einem Buch zu lesen, auf dem Rücken in einer Wiese zu liegen."

Das Luxemburger Abkommen, das ohne diesen Mann nicht denkbar gewesen wäre, legte auch den Grundstein für gute Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. 1960 trafen sich Adenauer und Ben-Gurion, 1965 wurden diplomatische Beziehungen zwischen beiden Ländern aufgenommen.

Im selben Jahr bemerkte der ehemalige Außenminister Sharett rückblickend auf das Abkommen: „Es war dies ein historischer Akt, der dem freien Nachkriegsdeutschland Ehre einbrachte und der sich für Israel zu einer Quelle wichtiger konstruktiver Hilfe ausgewirkt hat."

Bis heute hat Deutschland in Folge des Abkommens mehr als 60 Milliarden US-Dollar an Entschädigung für Juden bezahlt. Die enteigneten materiellen Schäden und Leistungen belaufen sich auf die doppelte Summe. Der Begriff Wiedergutmachung wurde in Israel abgelehnt. Man verwendet die Begriffe *pitsujim* (Entschädigung) oder *shilumim* (Zahlungen). ■

JEWISH VOICE FROM GERMANY
In Zusammenarbeit mit der WELT

HERAUSGEBER V.i.S.d.P.
Dr. Rafael Seligmann

CHEFREDAKTION
Hartmut Bomhoff, Dr. Elisabeth Neu

CHEF VOM DIENST
Paul Siebel

DESIGN
Lukas Kircher

LAYOUT
Michal Blum

REDAKTION
Sabine Dultz, Siegfried Guterman (Wirtschaft), Dr. Susanne Mauss († 2014), Dr. Tong-Jin Smith

AUTOREN
Michael S. Cullen, Ulrich Reitz, Prof. Michael Rutz

ANZEIGEN
jvg@berlin.de

KONTAKT
SVoice from Germany GmbH
Postfach 311310 D-10643 Berlin
Telefon: 030 – 857 26 888
E-Mail: jvg@berlin.de

www.jewish-voice-from-germany.de

DAVID SCHORR 1947-2018

Der humane Maler

Steven Ross

Der Mann strahlte Ruhe und Würde aus. Wir frühstückten Tisch an Tisch in einem ruhigen Tel Aviver Cafe. Dabei konzentriere ich mich in der Regel auf den kommenden Abschnitt meines neuen Buches und meide ein ablenkendes Gespräch. Doch die scheuen Augen des großgewachsenen Herrn, der die *New York Times* studierte, beobachteten seine Mitmenschen mit einem derart gütigen Blick, dass ich neugierig wurde. Gegen meine Gewohnheit sprach ich den Fremden an. Bald fanden wir uns im angeregten Gespräch. Mein Nachbar bat mich an seinen Tisch.

David, so hieß mein Bekannter, war Maler. Er lehrte an der Wesleyan University in Connecticut und im italienischen Bologna. Er pendle zwischen beiden Städten. Doch David der Künstler erzählte nur wenig über sich. Viel mehr interessierte er sich für mich. David war ein aufmerksamer Zuhörer. Worüber ich schreibe? Was ich an Israel bemerkenswert fände? Was an Deutschland? Was mich als Schriftsteller bewege? Aus seinen Worten und seinen Augen sprachen menschliche Anteilnahme und intellektuelles Interesse.

Fortan vertieften wir uns täglich in Gespräche. Sie waren inhaltvoll, doch sie blieben dank Davids Persönlichkeit leicht, ohne Spannung. Wir nahmen gemeinsam das Schabbatmahl ein. David war Agnostiker. Der jüdische Glaube interessierte ihn vorgeblich nicht. Doch am Schabbat sprach er den hebräischen Segen über Brot und Wein.

> „Zu seiner Kunst gesellten sich Menschlichkeit, Klugheit und ein stets aufblitzender feiner Humor

David Schorrs Familie kam aus Ungarn. Die Unternehmer wanderten in die USA ein. David wurde 1947 in Chicago geboren. Von Kind auf fühlte er sich zur Malerei hingezogen. Er studierte sein Fach unter anderem an der Yale University. Dort wurde seine natürliche Begabung gepflegt. David Schorr wusste, dass handwerkliches Können die Grundlage künstlerischer Meisterschaft ist. Er malte gegenständlich, lud die Objekte seiner Gemälde mit bunten Farben und Motiven auf. Komplette Kunst zum Fühlen und Denken.

David Schorrs Malerei war Erfolg beschieden. Dutzende Einzelausstellungen. Karikaturen im *New Yorker* und anderen Magazinen. Eine erfolgreiche akademische Laufbahn an den besten Hochschulen. Zur Kunst gesellten sich eine warme Humanität, Klugheit und ein stets aufblitzender feiner Humor. Wir waren uns so nah, dass wir beschlossen, unsere Freundschaft zu pflegen.

Privat

Mit dem Tenor Jonas Kaufmann im Atelier

David lud meine Frau und mich ein, seinem letzten Abend in Israel beizuwohnen. Da wolle er nur seine besten Freunde einladen. Wir waren neugierig. Als wir uns im Restaurant nach den anderen Gästen umsahen, lachte David sein leises Lachen: „Ich habe Euch doch gesagt, dass heute nur meine besten Freunde in Israel da sein werden. Das seid ihr."

Im Mai wollten wir uns in Berlin mit seinen Freunden Hans Gerhard Hannesen und Dieter Keller treffen. David hatte uns in die Oper eigeladen. Dazu kam es nicht mehr. In Bologna hatte David einen Schlaganfall erlitten, der zum Tode führte. Der Herr, an den er nicht glaubte, doch von dem er nie ganz loskam, möge seiner Seele gnädig sein. ■

Rafael Seligmann

DEBATTE

‹ SEITE 1 nur durch größte Selbstverleugnung Angela Merkels in ihrer Verantwortung fürs Ganze möglich erscheint.

Es sieht nicht danach aus, als könne das lange gut gehen. Die CDU wird ernsthaft erwägen müssen, einen bayerischen Landesverband zu gründen, auch im Interesse der Bundesrepublik. Die CSU würde dort dann künftig als zweiter Sieger aus den Wahlen hervorgehen, den bayerischen Ministerpräsidenten stellte dann wohl die CDU – eine für die jetzige CSU-Führungsmannschaft grauenerregende Vorstellung. Mit der Identität Bayerns und der CSU wäre es dahin. Attraktiv wäre die Sache für beide insofern, als CDU und CSU, beide in bundesweiter Ausdehnung, nach aktuellen Umfragen auf etwa 40 Prozent der Wählerstimmen kämen, zehn Prozent mehr als gegenwärtig.

Termine gibt es auch. Bis zum 16. Juli müssen sich die Parteien, die zur bayerischen Landtagswahl antreten wollen, beim Landeswahlleiter melden. Man darf gespannt sein, ob die CSU vor diesem Hintergrund den Ton weiter verschärft. ■

Herunter von den Galerien!

Seit 90 Jahren erheben Frauen in deutschen Synagogen ihre Stimme

Liberal Jewish Synagogue, London

Von Hartmut Bomhoff

Als im August 1928 mit der Präsidentin der *World Union of Progressive Judaism*, Lily H. Montagu (1873-1963), erstmals in Deutschland eine Frau eine Synagogenkanzel bestieg, machte das Furore. Selbst die zionistische *Jüdische Rundschau*, die mit dem liberalen Judentum haderte, schrieb über das Ereignis in der Reformgemeinde in der Johannisstraße in Berlin: „Die Jüdische Welt weiß, dass hinter jedem dieser Worte eine jüdische Liebestat steht, deren ihr Leben voll ist… Darum auch darf sie diese Predigt wagen, die mit ihren abstrakt ethischen Forderungen wohl darum nicht farblos wird, weil man bei jedem dieser Worte spürt, dass hier ein Mensch von seinem Gotteserlebnis berichtet.“ Zwei Jahre später stellte die Londoner Sozialarbeiterin und Frauenrechtlerin bei einem weiteren Berlin-Besuch fest, dass es in Deutschland höchste Zeit wäre, dass die jüdischen Frauen von den Galerien der Synagogen hinuntersteigen und in das Leben der Synagoge selber eingreifen sollten, wie es in England und in den USA schon üblich war. Im September 1930 wurde es dann in der Synagoge Prinzregentenstraße, einer der großen Gemeindesynagogen Berlins, Familien gestattet, in den Gottesdiensten zusammen zu sitzen, ohne Geschlechtertrennung.

Toragelehrsamkeit und Gottesdienst waren im Judentum traditionell von Männern bestimmt, während weibliche Spiritualität gemeinhin im persönlichen Gebet und im häuslichen Umfeld zum Ausdruck kam. Dieses Rollenverhältnis brach erst im 19.Jahrhundert auf. So ist beispielsweise für Berlin erstmals aus dem Jahre 1817 eine Einsegnungsfeier für jüdische Mädchen belegt, und 1837 forderte Rabbiner Abraham Geiger die Gleichstellung der jüdischen Frau im Religionsgesetz. Im orthodoxen Synagogengottesdienst kommt die Zurückstellung der Frau aber bis heute in der Geschlechtertrennung zum Ausdruck: Frauen sitzen auf einer Empore oder hinter einer Trennwand und verfolgen von dort aus das von Männern getragene Geschehen. Im liberalen und im konservativen Judentum ist die Geschlechtertrennung indes aufgehoben.

> **Die jüdische Religionsgemeinschaft wird nicht überleben können, wenn wir weiterhin aus pseudoreligiösen Gründen Frauen die ihnen gebührenden Rechte absprechen**
>
> Jeschajahu Leibowitz (1992)

Eines der Schlagworte in der Auseinandersetzung um die rituelle Gleichberechtigung jüdischer Frauen heißt *kol ischa* („die Stimme der Frau“). In orthodoxen Kreisen gilt die Frauenstimme bis heute als anstößig, weshalb Frauen im Gottesdienst traditionell nicht laut beten oder gar singen sollen. Ein Grund dafür ist die Annahme, dass eine Frauenstimme sexuell attraktiv sei und so die Männer beim Gebet um ihre Konzentration bringe.

Im frühen 20. Jahrhundert haben sich schließlich Frauen im Gottesdienst zu Wort gemeldet: Im Juni 1918 hielt Lily Montagu in der Liberal Jewish Synagogue in London ihre erste Predigt. Als sie zehn Jahre später in Berlin predigte, stieß sie damit auf offene Türen: bei einem Symposium der Vereinigung für das liberale Judentum zum Thema „Die Frau im Gotteshaus“ im Herbst 1926 war bei vier der sieben Frauen unter den insgesamt zehn Beiträgern bereits von einem künftigen „weiblichen Rabbinat“ die Rede gewesen. 1935 wurde dann in Deutschland mit Regina Jonas (1902-1944) die weltweit erste Frau zur Rabbinerin ordiniert. In ihrer Streitschrift „Kann die Frau das rabbinische Amt bekleiden?“ hatte Jonas den Beweis geführt, dass die jüdischen Religionsgesetze Frauen im rabbinischen Amt nicht verbieten.

Neues Berufsbild

Rabbiner Walter Homolka beschreibt in *Der moderne Rabbiner. Ein Rollenbild im Wandel* (2012), wie sich das traditionelle Berufsbild des Rabbinats in der Weimarer Republik in Seelsorge, Liturgik, Predigt, Religionsunterricht, Jugendarbeit und wissenschaftliches Arbeiten auffächerte. Dieses neue Berufsbild machte 1935 auch die Ordination von Regina Jonas mit möglich, die meinte, dass Frauen sogar besonders befähigt für das Rabbineramt seien, weil weibliche Eigenschaften wie Mitleid, soziales Einfühlungsvermögen, psychologische Intuition und ein besserer Zugang zur Jugend wesentliche Voraussetzungen für den Beruf seien. Jonas war aber unter den Hörerinnen an der Berliner Hochschule für die Wissenschaft des Judentums die einzige Studentin, die sich für das Rabbinat entschied. Die jüdische Frauenbewegung brachte zwar eine Übertragung religiöser Traditionen in die moderne Lebenswelt mit sich, zielte vor allem aber auf die gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frau und beförderte eher das Engagement in der Sozialarbeit und in der jüdischen Gemeindepolitik als im geistlichen Amt.

„Mir war nie darum zu tun, die Erste zu sein. Ich wünschte, ich wäre die 100.000“, erklärte Regina Jonas. Heute gibt es weltweit etwa tausend Rabbinerinnen, die meisten von ihnen in den USA. Im Juni 1972 erhielt Sally Priesand als erste Frau in der amerikanischen Reformbewegung ihre Smicha, wie der hebräische Begriff für die Ordination lautet, und 1985 folgte Amy Eilberg als erste konservative Rabbinerin in den USA. Im Nachkriegsdeutschland konnte indes keine Rede mehr vom weiblichen Rabbinat sein; die Schoa hatte das jüdische Selbstbewusstsein derart erschüttert, dass sich die wenigen Überlebenden an traditionelle Rollenbilder und deren männliche Deutungshoheit hielten. 2010 wurde mit Alina Treiger erstmals nach Regina Jonas wieder eine Frau ordiniert, die in Deutschland für das Rabbinat ausgebildet worden war. Heute sind in der Allgemeinen Rabbinerkonferenz Deutschlands sieben Frauen vertreten. Auch orthodoxe Kreise öffnen sich inzwischen der Frage, ob eine Frau die Gemeinde im Gebet vor Gott vertreten kann. Gerade erst wurden wieder fünf Absolventinnen einer New Yorker Jeschiwa in ihr Amt eingeführt. Die erste derartige Frauenordination fand dort 2009 statt. „Was damals als Anomalie galt, ist heute eine normgebende Minderheit“, befindet dazu der israelische Talmudgelehrte und orthodoxe Rabbiner Daniel Sperber.

Tobias Barniske

Kantorin Svetlana Kundish

Ein Kreis schließt sich

Auch in einem anderen Bereich jüdischen Gemeindelebens sind mehr und mehr Frauen zu hören: als Kantorin. Anders als im kirchlichen Gemeindedienst sind jüdische Kantoren und Kantorinnen auch Vorbeter im Gottesdienst, Religionslehrer und Begleiter bei allen religiösen Anlässen, die der jüdische Lebenszyklus mit sich bringt. Die erste offiziell ausgebildete Kantorin trat 1975 in den USA ihren Dienst an. Inzwischen ist es auch in Deutschland möglich, ein akademisches Studium in Verbindung mit einer berufspraktischen Ausbildung als Kantorin abzuschließen. Das Abraham Geiger Kolleg an der Universität Potsdam hat bereits drei Kantorinnen unter seinen Absolventen. Eine Frau in diesem Beruf gilt in Europa aber immer noch als eine Ausnahme. Als etwa die Sopranistin Svetlana Kundish Mitte Juni in Berlin in ihr Amt eingeführt wurde, da war dies die erste Investitur einer Frau in der Synagoge Pestalozzistraße; Kundish, die in der Jüdischen Gemeinde Braunschweig arbeitet, ist zudem die erste Gemeindekantorin in Niedersachsen.„Für mich schließt sich ein Kreis“, erklärt Kundish, die aus der Ukraine stammt. „So wie einst mein Urgroßvater stehe heute auch ich vor dem Tora-Schrein von Synagogen und leite Gottesdienste.“ ■

ALIJAH NACH ISRAEL

Lachende Herzen und helfende Hände

Von Sarah Fantl

Balagan. Eines der ersten Wörter, das ich in Israel gelernt habe. Ein essentiell wichtiges Wort, bedeutet es grob übersetzt „Chaos“ und beschreibt damit die Seele des Landes ziemlich gut. Und während am deutschen Sommerhimmel das Chaos tobt, es donnert und blitzt, blinken auf meinem Handy-Bildschirm stündlich die Benachrichtigungen meiner Raketen-App auf. Israel steht unter Beschuss. Das ist jetzt erstmal keine News. Doch in dieser Nacht werden wir rund 70 Mal angegriffen: Kindergärten, Wohnhäuser, verletzte Soldaten. Nach 24 Stunden kehrt erstmal Ruhe an der Grenze zu Gaza ein. Bis auf die Nachrichtenseiten geht der israelische Alltag ohnehin seinen gewohnten Gang. Man ist Chaos dieser Art gewöhnt. In diesem Jahr, in dem der jüdische Staat gerade seinen 70. Geburtstag gefeiert hat, kocht die Stimmung immer weiter hoch, viele Israelis rechnen mit einem Krieg. Der letzte liegt immerhin schon vier Jahre zurück.

Wette gewonnen

In dieser Nacht leuchten auch Nachrichten von meiner Familie und Freunden auf dem Telefon auf. Ob es mir gut gehe, ob ich nicht nach Hause kommen wolle. Was die meisten nicht verstehen: Israel ist mein Zuhause. Nicht erst seit ich vor sieben Monaten Alijah gemacht und in das Land eingewandert bin und voller Stolz jedem meinen neuen Pass zeige, sondern seit dem ersten Landeanflug, bei dem mich beim Blick aus dem Fenster sofort so ein warmes, wohliges Gefühl von Zuhause überkommen hat. Nachdem ich einen kurzen Eindruck von Land und Leuten gewinnen konnte, dieses Chaos mit jedem Atemzug eingesogen habe, beschließe ich nach fünf Tagen, dass ich Alijah machen werde. Keiner meiner Mitreisenden ist davon so richtig überzeugt, doch rund eineinhalb Jahre später gewinne ich die Wette – und 50 Euro.

Die von Deutschen und Israelis gleichermaßen meist gestellte Frage, seit ich im November meine vier Koffer gepackt habe und ins Flugzeug gestiegen bin: Warum? Warum verlässt man einen gut bezahlten Job, eine schöne Wohnung, Familie und Freunde und versucht sich inmitten eines dauerhaft zermürbenden und scheinbar niemals enden wollenden Konflikt ein neues Leben aufzubauen?

wwita / shutterstock.com

> **Ein funktionierendes, wachsendes, pulsierendes, demokratisches Zuhause. Das alles in nur 70 Jahren**

Weil Israel ein jüdisches Zuhause fernab von polizeibewachten Synagogen bietet, fernab von Imbissverkäufern und Taxifahrern, die gegen „dreckiges Judengeld“ hetzen, fernab von einem Land, dass die AfD in den Bundestag gewählt hat, dessen Partei-Vorsitzender kürzlich die Hitler-Diktatur mit einem „Vogelschiss“ verglich, und in dem Musiker unverblümt über geschundene Holocaust-Körper rappen können und obendrein auch noch von der Gesellschaft mit einem Preis ausgezeichnet werden. Und fernab einer Hauptstadt, in der jüngst wieder ein Jugendlicher in der Öffentlichkeit attackiert und bedroht wurde, weil er Musik von Omer Adam hört – etwas, dass ich zur Freude meiner Nachbarn jeden Tag lautstark tue.

Was bietet dieses kleine Land nicht alles, das man mitunter in sieben Autostunden durchqueren kann und in dem man zu bestimmten Jahreszeiten sowohl Bikini als auch Skier im Gepäck haben sollte, in das jedes Jahr tausende Menschen aus aller Welt einwandern und dessen Bevölkerung mittlerweile auf 8,8 Millionen angewachsen ist, in dem eine Schachtel Himbeeren zwar umgerechnet rund zehn Euro kostet, aber es niemals an günstigen und frischen Falafeln mangeln wird. Ein Land, in dem orthodoxe Juden die Tora studieren, während in Jerusalem und Tel Aviv die mitunter größten Gay-Paraden der Welt durch die Straßen ziehen, eine sich ständig weiter entwickelnde Startup-Nation, Vorreiter auf dem Gebiet der medizinischen Forschung, dabei aber mit wenig Ahnung von gutem Service, woran sich bis zum nächsten Eurovision Song Contest hoffentlich noch ein bisschen arbeiten lässt, wo aber lachende Herzen, hilfsbereite Hände und starke Schultern vieles wieder wettmachen. All das unter strahlend blauem Himmel mit einem Soundtrack gemischt aus Hupen, rüdem Gebrülle, Meeresrauschen und Ping-Pong-Aufschlägen des nationalen Funsports Matkot. Balagan. Da ist es wieder, dieses wichtige Wort, das man direkt am Anfang lernt. Lernt, um dieses Land zu verstehen und alles nicht so schwer zu nehmen.

Ständige Bedrohungslage

Natürlich ist Israel nicht perfekt: Es gibt Probleme zwischen Juden verschiedener Herkunftsländer und unterschiedlicher Glaubensströmungen. Dauerhafte Spannungen mit Palästinensern. Hinzu kommen politische Skandale, dauernd ansteigende Lebenshaltungskosten, die ständige Bedrohungslage als einzige Demokratie in diesem Teil der Welt. Obendrein Top-Thema der internationalen Medien, die immer wieder die Faktenlage für interessantere Schlagzeilen verdrehen – oder aber schlichtweg den Konflikt nicht verstehen wollen. Nicht verstehen wollen, dass nicht wir angreifen, sondern uns im ständigen Verteidigungsmodus befinden, um unser Zuhause zu schützen.

Ein funktionierendes, wachsendes, pulsierendes, demokratisches Zuhause. Das alles in nur 70 Jahren. Bemerkenswert. Was sind schon 70 Jahre? In Menschenjahren bestimmt ein stattliches Alter. Doch in der allgemeinen Zeitrechnung sind 70 Jahre im Grunde nur ein Wimpernschlag. Ein kurzer Augenblick. Ein Atemzug. So gesehen steckt Israel noch in seinen Kinderschuhen und hat trotzdem schon so viel erreicht, kämpft sich Stück für Stück weiter. Wahrscheinlich eine der stärksten Eigenschaften dieses so jungen Landes: zusammenhalten, nicht aufgeben. Tag für Tag.

Zum 100. Geburtstag kann man sich eigentlich nur Frieden wünschen. Aber nach einiger Zeit im Land weiß man, dass das im Grunde ein unschuldiger, aber naiver Gedanke ist. So bleibt nur zu hoffen, dass der jüdische Staat auch in den nächsten 30 Jahren so atemlos wächst und gedeiht. Ich werde dann länger in Israel als in Deutschland gelebt haben und hoffentlich auf ein ebenso buntes Leben wie Land zurückblicken können. ■

> **Zusammenhalten. Nicht aufgeben. Tag für Tag**

Sarah Fantl wurde als Enkelin des Holocaust-Überlebenden und Regisseurs Thomas Fantl in Hamburg geboren. Nach ihrer Ausbildung an der Axel Springer Akademie arbeitete sie als Redakteurin in Berlin, bis sie vor acht Monaten ihre Koffer packte und nach Israel immigrierte. Als freie Reporterin lebt sie in Jerusalem und arbeitet an ihrem ersten Buch über ihre Familiengeschichte

Sarah in Jerusalem

Privat